

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.

Abo-nemendpreis Mr. 1.50 pro Werkjahr. Zu begleichen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Berantwortlich für die Redaktion: W. Käyser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenamt: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Unter der vierseitigen Zeitung oder deren Raum 60 Pf.
Vergnügungsanzeigen und Arbeitsermittlungen 30 Pf.
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

Am Jahresschluß.

Ein Jahr des Kampfes geht zu Ende, ein Jahr des Kämpfes und der Erfolg! Die deutschen Gewerkschaften können mit Erfriedigung auf das Jahr 1910 zurückblicken. Hat schon das Jahr 1909 den Mitgliederrückgang, den ein großer Teil der Organisationen in der Zeit der wirtschaftlichen Krise erlitten hatte, zum Stillstand gebracht, so daß am Jahresschluß 1909, verglichen mit dem Vorjahr, wieder ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen war, so hat diese Vorwärtsentwicklung in dem zu Ende gehenden Jahre kräftig angehalten. Die seither veröffentlichten Quartalsberichten lassen erkennen, daß die Mitgliederziffern der Gewerkschaften eine bedeutende Zunahme erfahren haben.

Diesen Fortschritt haben wir neben der eigenen Agitation auch zu einem guten Teil unseren Freunden zu danken, die im Jahre 1910 besonders eifrig am Werke waren, die Organisationen der Arbeiter zu schädigen. Das Ziel, welches der alte Schriftsteller Wedd in seiner Abschiedsrede dem Centralverband der Schriftsteller gesetzt hat, „die Gewerkschaften niedergezuwerfen, zu zerstören, zu vernichten“, hat diesen ehrenwerten Herrschäften schon immer vorgeschwobt, sie haben aber erkennen müssen, daß die organisierte Arbeiterschaft noch die Kraft besitzt, ihren Vernichtungsplänen den entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen. Im Kampf mit den feindlichen Gewalten sind wir gewachsen und stark geworden, und jeder neue Angriff gegen unsere Existenz erhöht den Kampfesmut unserer Mitglieder und liefert uns neues Agitationsmaterial, mittels dessen wir auch die denksaulen Arbeiter zum Klaffen bewußtsein erwecken.

Das Jahr 1910 hat uns mehrere große Aufsprengungen gebracht, bei denen dem Unternehmertum der Gedanke, die Gewerkschaften zu vernichten oder sie wenigstens so zu schwächen, daß sie sich widerstandslos die Friedensbedingungen dictieren lassen müssen, als Ziel vorstieß. Der erste und bedeutendste dieser Kämpfe war der im Baugewerbe. Schon lange hatte das Bauunternehmertum auf den Tag der Abrechnung mit den verhaschten Gewerkschaften gewartet. Ihr Säbelrasseln hat jedoch die Arbeiterschaft nicht erschreckt; die Bauarbeiterverbände ließen die Dinge ruhig an sich herankommen. Wenn auch bei der riesigen Zahl der ausgesetzten die Beteiligten außerordentlich Opfer auf sich nehmen mußten, so hatten sie doch die Genugtuung, die gesamte deutsche Arbeiterschaft hinter sich zu wissen, die es nicht bei platonischen Sympathieerklärungen bewegen ließ. Mit Recht durfte deshalb die gesamte Arbeiterschaft sich des schlichtlichen Sieges der Bauarbeiter freuen; es war ein Sieg der Gewerkschaften über das Schriftmacherskum.

Der Erfolg, den später die Werftarbeiter erlangten, steht in einem gewissen Zusammenhang mit dem Ergebnis des Kampfes im Baugewerbe. Die Herren vom Gesamtverband der Metallindustriellen hielten sich schwerlich auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften eingelassen und ihre Kollegen von der Gruppe Seeschiffswerften zu Bugesständen gedrängt, wenn ihnen nicht der Ausgang der Aussperrung im Baugewerbe als warnendes Zeichen vor Augen gestanden hätte. Die Niederlagen der Unternehmer im Baugewerbe und auf den Seeschiffswerften sind dem Schriftmacherskum um so peinlicher, als es sich hierbei um Unternehmengruppen handelt, die ihren Herrenstandpunkt bisher am prächtigsten vertreten. Es ist nicht schwer, vorzusagen, daß die Herren auf Nachfrage und den geeigneten Augenblick wahnehmenden werben, die erlittene Scharte auszuweichen. Die Schriftmacher rüsten! Die Sorgfalt, die auf die Aufspaltung der gelben Organisationen gelegt wird, das Heranzögeln bestürmiger Streitbrecher kolonnen, das Geschrei nach gesetzlichen Maßnahmen zur Wehrlosmachung der Gewerkschaften, welches bei der Regierung ein so freudiges Echo findet; das alles sind Zeichen, die uns mahnen, auf der Hut zu sein, um von den kommenden Stürmen nicht überrascht zu werden. Die Erfolge, welche die Gewerkschaften im vergangenen Jahre erzielen haben, berechtigen uns jedoch, trotz der Drohungen der Schriftmacher, Hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

Wenn von den wirtschaftlichen Kämpfen des Jahres 1910 gesprochen wird, dann muß auch der Holzarbeiter anerkannt werden. Hat sich unser Verband schon von jeher auf dem Gebiete der Lohnbewegungen in hervorragendem Maße betätigt, so stellt, was die Lohnkämpfe anlangt, das Jahr 1910 alle früheren Jahre in den Schatten. Bei Beginn des Jahres besaßen wir uns in der großen Lohnkampfwelle, die gerade um die Jahresschwelle eine

recht kritische Wendung nahm. Die drohenden Wolken haben sich dann zerstreut, der riesige Kampf, der in greifbare Nähe gerückt schien, konnte unterbleiben, und als die Tarifbewegung nach langen Verhandlungen beendet wurde, halten wir allen Holz, uns der erneuten Erfolg zu freuen.

Mußten während der Dauer der großen Tarifbewegung die Kollegen in den nichtbeteiligten Städten mit ihren Verbündeten zurückhalten, so war nach ihrer Beendigung der Rückgang derselben, die auf eine Befriedigung ihrer zum Teil schon lange zurückgestellten Wünsche drängten, um so stärker. Wir hatten vom Frühjahr ab das ganze Jahr hindurch eine so lebhafte Lohnbewegung in der Holzindustrie wie kaum je zuvor. Es gibt keine Gegend im Reich, die von Lohnkämpfen unberührt blieb. In allen Gauen und auch wohl in allen im Verband vertretenen Provinzen wurden Lohnbewegungen größerer oder geringerer Umfangs geführt. Eine sehr erhebliche Zahl der Bewegungen sandt ihre Erledigung auf friedliche Wege, es hat aber auch eine recht große Zahl von Streiks gegeben. Wir wollen es uns versagen, an dieser Stelle an einzelne bedeutende Kämpfe zu erinnern, die Zahl der Orte, in denen wichtige Streiks geführt wurden, ist so groß, daß die Hervorhebung des einen Ortes gewissermaßen als Burleske des Anderen gedeutet werden könnte. Es darf aber ausgesprochen werden, daß wir mit den Errungenchaften der Lohnkämpfe des Jahres 1910 im allgemeinen recht zu Frieden sein können, wenn auch da und dort ein Streik nicht den erwarteten Erfolg gebracht hat. Entsprechend der außerordentlich großen Zahl der Beteiligten sind auch die Kosten der Lohnkämpfe bedeutend gestiegen. Zwar liegt eine endgültige Abrechnung, die sich auf das ganze Jahr erstreckt, noch nicht vor, aber die Summe der Streikosten des Jahres 1910 läßt sich auf rund eine Million schätzen. Das ist mehr, als in den Jahren 1908 und 1909 zusammen für diesen Zweck aufgewendet wurde.

Trotz dieser bedeutenden Steigerung der Streikosten ist eine Verminderung des Verbandsvermögens nicht eingetreten, im Gegenteil, unser Vermögen hat einen bedeutenden Erfolg erfreut. Während der Bestand der Hauptkasse am Jahresschluß 1909 noch 1.077.225 Mr. betrug, weist die in der vorliegenden Nummer abgedruckte Abrechnung einen Kassenbestand von 2.773.421 Mark am Schluss des dritten Quartals auf, der in der Abrechnung für das vierte Quartal noch eine wesentliche Steigerung erfahren dürfte. Ebenso ist auch das Vermögen der Lokalkassen in den letzten drei Quartalen von 1.452.754 Mark auf 1.622.025 Mr. gestiegen. Diese Vermögenssteigerung verdanken wir dem im Frühjahr durch Urabstimmung der Mitglieder geschafften Abschluß, den wöchentlichen Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Daß diese Beitragssatzung eine dringende Notwendigkeit war, um unsere Kampfesfähigkeit zu erhalten, darüber dürfte es unter unseren Kollegen eine Meinungsverschiedenheit kaum geben. Sie hat es auch ermöglicht, daß der Verbandsvorstand gegenüber den Streikgesuchten der Kollegen im abgelaufenen Jahre eine so große Liberalität an den Tag legen konnte, ohne diese Stärkung der Masse hätte er sich viel angelnöpfster verhalten müssen.

Der Verbandsstag in München hat das Ergebnis der Urabstimmung ohne weiteres anerkannt, dagegen hat er alle Anträge auf Erweiterung der Unterstützungsbeiträge abgelehnt, nur die Sache für die Streikunterstützung haben eine Steigerung erfahren, die inzwischen am 1. Oktober in Kraft getreten sind. Mit dieser Stellungnahme ist der Kampfescharakter des Verbandes kräftig unterstrichen worden. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist eine Kampfsorganisation, das beweist seine ganze bisherige Tätigkeit, und er wird in Zukunft noch oft, vielleicht noch öfter, als uns lieb ist, genötigt sein, seine Kampfesfähigkeit zu beweisen.

Zu den verschiedenen Berufsgewerben, welche unser Verband umfaßt, ist im Berichtsjahr ein neuer hinzugekommen. Der Verband der Schriftmacher hat sich am 1. Juli mit dem Holzarbeiterverband verschmolzen. Der Mitgliederzuwachs, den unsere Organisation dadurch erlangt hat, fällt allerdings wenig ins Gewicht; der Übergang ist aber bedeutend im Hinblick darauf, daß unser Verband damit seinem Ziele, eine Organisation zu sein, die alle Zweige der Holzindustrie umfaßt, um einen Schritt näher gerückt ist. Der Standpunkt unseres Verbandes, daß der Anschluß der noch bestehenden Berufsorganisationen das Ergebnis deren freier Entwicklung sein müßt, hat übrigens keine Veränderung erfahren. Wie stehen deshalb zu den der Generalkommision angeschlossenen Verbänden der verwandten Ver-

rufe in einem freundnachbarschaftlichen Verhältnis, welches durch die Beteiligung der meisten der in Frage kommenden Organisationen an dem Internationalen Holzarbeiterkongreß in Kopenhagen noch gesichert worden ist. Dieser Kongreß bot auch Gelegenheit, das Bündnis, welches uns mit den Bruderverbänden des Auslandes verknüpft und welches in der Internationalen Union der Holzarbeiter seinen sichbaren Ausdruck findet, zu erneuern und zu kräftigen.

Wir wollen unseren Jahresschluß nicht schließen, ohne derer zu gedenken, die nach fleißiger Pflichterfüllung im Dienste der Organisation durch den Tod aus der Schar der Kämpfer gerissen wurden. An erster Stelle verdient hier Albert Mörike genannt zu werden, der ein Menschenalter hindurch in dem Befreiungskampfe des Proletariats mit in vorderster Reihe gestanden und insbesondere durch die jahrelange Arbeit an der „Holzarbeiter-Zeitung“ sich in hervorragendem Maße den Dank der Kollegen verdient hat. Doch auch derer, die, nur im engen Kreise bekannt, als einfache Soldaten in Fleisch und Blut der Organisation ihre Dienste geleistet und nach fleißiger Arbeit müde ins Grab gesunken, auch dieser Namenlosen wollen wir in Ehren gedenken. —

Das Jahr 1910 geht zur Rücksicht; es hat uns ernste und freudige Tage gebracht; wir mußten sie hinnehmen, wie sie kamen. Aber wenn wir vom Standpunkt unserer Organisation aus die Bilanz ziehen, dann können wir zugeben, daß wir im großen und ganzen mit den Ergebnissen des Jahres zufrieden sein dürfen. Wir haben unsere Mitgliederzahl ganz beträchtlich gesteigert, unser Verbandsvermögen erhöht und vor allen Dingen für eine große Zahl von Kollegen die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert. Das sind Dinge, die uns mit Genugtuung erfüllen können. Auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht vergessen, daß uns noch recht viel zu tun übrig bleibt. Noch ist die Zahl der unorganisierten Holzarbeiter erschreckend groß und trotz der erzielten Verbesserungen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der großen Mehrzahl der Holzarbeiter weit davon entfernt, als ausreichend anerkannt zu werden. Hier tut Hilfe not. Auf Unterstützung von außen haben wir nicht zu rechnen, selber müssen wir unseren Mann stehen. Vor allem gilt es, unsere Meilen zu stärken, unsere Mitgliederzahl zu erhöhen; je stärker unsere Armee, um so größer wird die Erfolge, die wir erzielen. Hoffnungsvoll begrüßen wir das neue Jahr; sorge jeder zu seinem Teile dafür, daß unsere Hoffnung nicht getrogen werde!

Die deutsche Berufs- und Gewerbezählung 1907 und die Holzindustrie.

XIII.

u. Wir hatten beabsichtigt, den Ergebnissen der Gewerbezählung über die Hausgewerbebetriebe diejenigen beizufügen, die Verwendung von Motoren, motorischen Kräften und Arbeitsmaschinen folgen zu lassen. Indes das statistische Tabellenwerk über die Motorbenutzung erst teilweise, dasjenige über die Benutzung von Arbeitsmaschinen noch gar nicht veröffentlicht ist, so müssen wir diesen Teil unserer Berichterstattung noch um einige Zeit zurückstellen. Wir wollen uns daher zunächst noch mit den Unternehmungsformen und den öffentlichen Betrieben beschäftigen.

Die Frage nach der Form der Unternehmung war schon bei der 1895er Zählung gestellt worden. Die Hauptergebnisse dieser Zählungen zeigen folgende Zahlen:

	1895	1907	Davon		
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Handels-
Gehlschleife überhaupt	1850880	8554918	1883349	1885788	10766520
Dav. in Einzelhandel	1280350	6723221	1673191	7622707	5602250
„ mehr. Gesellschaften	65239	175081	82970	2161248	1757024
„ von Vereinen	1911	11208	5109	30026	18735
„ Kommanditgesellsch.	1117	90165	1080	120007	112095
„ Mittelpflegesellschaften	4749	801148	9882	176040	155380
„ Stammgesellschaften	894	42945	849	47825	40862
„ auf Ziffern	2212	17952	8123	47800	32077
„ Einget. Genossensch.	1028	68065	11001	152328	451452
„ Betr. in Beschr. Haft	41	633	164	1514	1022
„ Firmen	410	182104	510	229004	219394
„ Vergleichl. Gewerbst.	320	6000	205	10701	6473
„ and. p. l. Unternehm.	1612	22900	13684	175150	126918
„ Genelinden	542	4406	1008	14972	11065
„ And. komm. Körpersch.	782	135157	454	317302	281460
„ einem Staat	217	25067	1013	10916	85062
„ von Reich	—	—	2638	26035	12191

Aus dieser Übersicht ergeben sich sehr interessante Veränderungen. Zwar haben nahezu alle Betriebsformen zu

Bahl der Betriebe und Personen seit 1895 zugenommen, während aber der Anteil der Betriebe von Einzelhabern von 94,8 Proz. aller Gehilfenbetriebe (1895) auf 91,1 Proz. (1907) zurückging, stieg der Anteil der anderen privaten Unternehmungsformen von 5 Prozent auf 7,7 Proz. und derjenige der öffentlichen Betriebe sogar von 0,2 Proz. auf 1,2 Proz. Weit stärker aber waren die Veränderungen hinsichtlich des Personals. Das Personal der Einzelhaberbetriebe ging von 86,0 Prozent auf 55,8 Prozent zurück, das der anderen privaten Unternehmungsformen stieg dagegen von 80,0 Prozent auf 40,8 Prozent und das der öffentlichen Betriebe von 2,2 Prozent auf 4,2 Prozent. Die Arbeiterziffern sind leider nicht vergleichbar, da solche im Jahre 1895 nicht ermittelt wurden.

Der Rückgang der Einzelhaberbetriebe und ihres Personals bestätigt auch auf diesem Gebiete das Fortschreiten des kapitalistischen Konzentrationsprozesses. An die Stelle des persönlichen Unternehmers tritt eine Machtigkeit von Personen und schließlich die unpersonliche Unternehmung, geleitet von einem verantwortlichen Angestellten. Im Jahre 1895 beschäftigten die Einzelhaberbetriebe noch mehr als zwei Drittel des Gesamtpersonals aller Gehilfenbetriebe, 1907 nur etwas mehr als die Hälfte. Die Gruppe der übrigen privaten Unternehmungen umfasst sehr verschiedenartige Betriebe, von dem einsamen Gesellschafterunternehmen bis zu Aktien- und Kommanditgesellschaften, von Vereinen bis zu Genossenschaften, Unionsen und Berggewerkschaften. Sie werden aber fast alle von den gleichen kapitalistischen Grundsätzen geleitet. Eine Ausnahme machen lediglich die Genossenschaften, die wir wegen des geringfügigen Anteils nicht ausnehmen. Sie repräsentierten 1895 nur 0,1 Prozent der Betriebe und 0,2 Prozent des Personals, 1907: 0,4 Prozent der Betriebe und 0,3 Prozent des Personals.

Auffällig stark ist vor allem die Vermehrung der öffentlichen Betriebe (Reich, Staat, Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften), deren Anteil der Betriebe sich seit 1895 verzehnfacht und des Personals verdoppelt hat. Dabei sind die Betriebe der Eisenbahnen, Post, Telegraphie und Telephonie, des Heils, Unterrichts- und Rechtswesens nicht in diesen Zahlen eingeschlossen, von Eisenbahnen, Post, Telegraphie und Fernsprechwesen sind nur die Werkstätten gezählt, ebenso von den Fachschulen. Dass sich trotzdem eine so starke Zunahme der öffentlichen Betriebe ergibt, ist gewiss eines der charakteristischsten Merkmale der jüngsten Gewerbezählung. Freilich will diese Zunahme wenig bedeuten gegenüber der Ausdehnung des kapitalistischen Betriebes, der die Einzelunternehmungsform und deren Personalsanteil am weitesten zurückgedrängt hat. Dabei scheint die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung die entwicklungsfähigste aller Unternehmungsformen zu sein; hat sich doch ihre Betriebziffer seit 1895 verzehnfacht und ihr Personal verdoppelt. Eine solche Entwicklung hat keine der übrigen Formen aufzuweisen.

Betrachten wir nun die Veränderungen der Unternehmungsformen in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe näher, so ergibt sich im Vergleich zu den Ergebnissen von 1895 folgendes Bild:

	1895	1907	Davon	
	Vetr.	Perf.	Perf.	Arbeiter
Gehilfenbetriebe überhaupt . . .	88202	470745	109102	650492
Davon mit Einzelhabern	84787	310055	102216	473764
mit mehreren Gesellschaftern	8108	68270	5580	101701
von Vereinen	25	671	60	881
Kommanditgesellschaften	81	1765	56	887
" Kommanditges. auf eig." 48	5031	121	18736	17070
" Einzelhaber, best. Gesell." 18	870	7	1021	911
" Einzelhaber, best. Gesell. 22	181	61	1315	1083
Annungen	2	1072	312	16240
" bergerat. Gewerksch."	2	7	—	28
Übrige private Unternehmungen	18	142	6	206
Davon von Gemeinden	89	474	79	1210
" and. form. Körpersch."	21	921	80	1090
" einem Staat	66	2769	275	7118
" vom Reich	10	474	9	202
" von ander. öff. Körpersch."	—	—	29	533
				489

Auch in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist der Anteil der Einzelhaberbetriebe zurückgegangen, nämlich von 88,0 auf 83,8 Prozent der Gehilfenbetriebe und von 82,9 auf 71,8 Prozent ihres Personals. Dagegen ist der Anteil der übrigen privaten Unternehmungsformen gestiegen von 8,4 auf 6,0 Prozent der Betriebe und von 18,3 auf 26,7 Prozent des Personals. Der Anteil der öffentlichen Betriebe stieg von 0,1 auf 0,4 Prozent der Betriebe und von 0,8 auf 1,5 Prozent des Personals. Das Entwicklungsbild der Unternehmungsformen in der Holzindustrie weicht nur graduell von dem Gesamtbild etwas ab. Die Richtung der Entwicklung ist die gleiche, nämlich die Zurückdrängung des Einzelunternehmers durch die verschiedenen Formen des Gesellschaftskapitals und durch die öffentlichen Betriebe. Naturgemäß spielt der öffentliche Betrieb in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe eine erheblich geringere Rolle, als beispielsweise in der Licht-, Kraft- und Wasserversorgung, im Bauwesen, in der Steinbruchindustrie, im Bergbau und vor allem im Verkehrswesen. Immerhin ist es auffällig, dass es in der Holzindustrie insgesamt 454 öffentliche Betriebe mit einem Personal von 10 150 Köpfen (1907) gibt, davon allein 275 Betriebe der Bunde und Städte mit einem Gesamtpersonal von 7118 Köpfen, darunter 6794 Arbeiter. Die Lösung dieses Rätsels ist darin zu finden, dass die Betriebszählung auch die Strafanstaltsbetriebe, soweit sie für eigene Rechnung produzieren, also die Arbeitskräfte der Strafgefangenen nicht anfrende Unternehmen verpachten, als öffentliche Betriebe zählt. Danach dürfte es sich bei den Betrieben der einzelnen Bundesstaaten also im wesentlichen um Strafanstaltsbetriebe handeln.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, gewinnen die obigen Ziffern natürlich eine ganz andere Bedeutung. Denn es ist ein erheblicher Unterschied, ob es sich um das Wachstum freier Gewerbebetriebe oder um dasjenige von Strafanstaltsbetrieben handelt. Hierzu wäre zunächst eine erhebliche Zunahme der Strafanstaltsarbeit in eigener Regie der Anstaltsleistungen anzunehmen. Das Gesamtpersonal aller bundesstaatlichen Betriebe stieg von 125 157 auf 317 862 Köpfe (um 134,9 Prozent), dasjenige in der Holzindustrie von 2769 auf 7118 Köpfe (um 157,0 Prozent). Die Holzindustrie wurde also bei der Aus-

dehnung der eigenen Regierbarkeit in den Strafanstalten bevorzugt. So wünschenswert die Befestigung der Strafanstaltsproduktion für fremde Rechnung und der Übergang zur Produktion in eigener Regie ist, so unerfreulich muss es bezeichnet werden, dass sich dieser Übergang einseitig zu ungünstigen einzelnen Industrie vollzieht. Eine nähere Prüfung der einzelnen Branchen in der Holzindustrie, welche bei diesen bundesstaatlichen Betrieben in Betracht kommen, ergeben folgende Ziffern für 1907.

Betriebe	Personen	davon Arbeiter
Holzzurichtung	47	862
Gläserne Holzwaren	110	3601
Böttcherrei	5	49
Korbmacherrei	44	1064
Sonstige Flechterei	44	991
Dreh- und Schmiedewaren	0	108
Kämme, Bürsten, Glöckchen, Schirme	445	482

Die größere Hälfte des Personals (150,7 Prozent) wird also mit der Anfertigung gläserner Holzwaren beschäftigt (Tischlerrei usw.); 29 Prozent mit Korbmacherrei und Flechterei; 12,1 Prozent mit Holzzurichtung, 6,2 Prozent mit der Herstellung von Bürsten, Kämmen, Glöckchen und Schirmen und 2,0 Prozent mit Böttcherrei und der Anfertigung von Dreh- und Schmiedewaren. Es ist hier natürlich nicht der Platz, das Problem der Strafanstaltsarbeit in größerer Breite aufzurollen; für uns handelt es sich im wesentlichen darum, die wahre Bedeutung der Zunahme der öffentlichen Betriebe klarzustellen. Auf die Entwicklung der Gefängnisarbeit wird später einmal im besonderen, nachdem eingehendere Zahlen vorliegen, zurückzukommen sein. Die übrigen öffentlichen Betriebe treten an Bedeutung weit zurück.

Von Interesse ist noch besonders, dass die wenigen Innungsbetriebe, die 1895 noch in der Holzindustrie gezählt wurden (2 Betriebe mit 7 Personen) 1907 völlig verschwunden waren. Die Innungen können nach § 81 b Biff. 5 zur Förderung des Gewerbebetriebs der Innungsmitglieder einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb einrichten. Im ganzen gleiche wurden 1907 über 164 Innungsbetriebe mit 1514 Personen, in der Holzindustrie kein einziger solcher Betrieb gezählt. Auch in den übrigen Gewerbegruppen, wo Innungsbetriebe bestehen (Metallverarbeitung 1, Leuchtstoffindustrie 4, Textilindustrie 8, Leberindustrie 10, Nahrungsmittelindustrie 89, Bekleidungsgewerbe 2, Reinigungsgewerbe 8, Baugewerbe 4, Handelsgewerbe 16, Versicherung 70, Verleihsgewerbe 1, Gastwirtschaftsgewerbe 4), handelt es sich außer der Versicherung meist um Kleinbetriebe, denn die Durchschnittszahl des Gesamtpersonals beträgt nur 0,2 Köpfe. Diese Art Handwerksreitung hat also ein völliges Glaslo erspart.

Gegen den kapitalistischen Fortschritt ist kein Kraut gewachsen. Das zeigt sich aus allen Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezählung des Jahres 1907 mit grösster Deutlichkeit. Die Nachfracht dieser kapitalistischen Entwicklung ist das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung, von welchem wir ja die erfreulichsten Beweise haben.

Eine neue Gewerkschaftsgeschichte.

Unsere modernen Gewerkschaften blühen auf eine verhältnismäßig kurze Geschichte zurück. Verfügen wir auch jetzt über riesenhafte Organisationen, so ist es doch noch nicht sehr lange her, dass wir, ein kleines Häuflein, kleinen Augenblick vor dem Schicksal sicher waren, von den übermächtigen feindlichen Gewalten, die sich gegen uns wandten, erdrückt zu werden. Solche Seiten aufregenden Kampfes, bei welchen es sich meist um Sein oder Nichtsein der Organisation handelt, konzentrieren die gesamte Aufmerksamkeit der führenden Kräfte auf die unmittelbar zu erfüllenden Aufgaben. In die systematische Sammlung des sich häufenden Materials ist wohl in den seltsamsten Fällen gedacht worden. Wer konnte auch ahnen, dass die Entwicklung der Gewerkschaften einen so großartigen Verlauf nehmen würde, wie er tatsächlich in kurzer Zeit eingetreten ist. Doch weniger als an die Zukunft dachte man der vergangenen Zeit. Über die historischen Zusammenhänge, die letzten Endes zur Bildung der Gewerkschaften geführt haben, ließ man sich keine grauen Haare wachsen. Der Augenblick nahm die ganze Kraft der tätigen Männer in Anspruch.

Zwischen diesen sind mit der Ausdehnung der Organisationen auch ihre Ausgaben gewachsen. Seitdem man aber nicht mehr gewissnermaßen von der Hand in den Mund lebt, hat sie auch unser Gesichtskreis erweitert. Das bringt es mit sich, dass wir in stärkerem Maße das Bedürfnis empfinden, uns in zusammenhängender Weise über das Werden der Organisation zu unterrichten. Hat die vorausgegangene Generation der Materialsammlung keine große Bedeutung beigemessen, so legen wir Wert darauf, zu verbünden, dass unsere Nachkommen uns nicht den gleichen Verlust machen. Zugleich sind wir darauf bedacht, die Fehler vergangener Tage, soweit es geht, gutzumachen, indem wir eifrig auf Materialien zur Verbesserung unserer Archiv sahnden. Ganz von selbst kommt es uns zum Bewusstsein, dass man, um die modernen Gewerkschaften lernen zu können, nicht nur ihren Werdegang bis zum Gründungstag zurückverfolgen darf, sondern dass man auch die weiter zurückliegenden Epochen durchforschen muss, um ihre Bedeutung ganz zu erfassen.

Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung bringt es mit sich, dass das Bedürfnis, eine Geschichte der Organisation zu beitragen, sich gleichzeitig an den verschiedenen Stellen äußert. In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe von Monographien über einzelne Verbände erschienen. „Andere Organisationen, so auch in unserem

Deutschen Holzarbeiterverband, befindet sich die Verbandsgeschichte in der Vorbereitung. Diese Gewerkschaftsliteratur hat nun eine wertvolle Verdichtung erfahren durch Otto Hues Geschichte der Bergarbeiter,* von welcher nun der erste Band vorliegt. Der Verfasser sagt in seinem Vorwort, dass er den Versuch unternommen habe, eine allgemeine Geschichte der Bergarbeiter von ihrem ersten Auftreten bis in die Neuzeit zu schreiben. Er habe alle ihm bekannt gewordenen einschlägigen kulturhistorischen, technisch-wirtschaftlichen, rechtsgeschichtlichen und staatspolitischen Tatsachen zu einem Hintergrund gruppiert, auf dem er die Persönlichkeit des Bergknappen hervortreten lassen wollte. Das ist eine Aufgabe, die ihm unseres Erachtens in vorzüglicher Weise gelungen ist. Eine ungeheure Menge von Material steht in dem 455 Seiten starken Bande. Die Menge von im Text verstreuten Quellenangaben lassen erkennen, dass der Verfasser über eine riesige Lesefähigkeit verfügt. Aber er beherrschte auch den Stoff in einer Weise, die es ihm gestattet, den Gegenstand so zu behandeln, dass das Buch mit vollem Genuss und Verständnis auch von solchen Leuten gelesen werden kann, die sonst keine Beziehung mit dem Bergbau haben. Hues Buch bietet im Grunde mehr, als es verspricht, es ist nicht nur eine Geschichte der Bergarbeiter, sondern ein gutes Stück allgemeiner Kulturgeschichte, das er zur Darstellung bringt.

Hue führt seine Leser in die vorgeschichtliche Zeit zurück; er zeigt uns, dass es schon in der Steinzeit Bergarbeiter gegeben hat, die unterirdische Räume angelegt haben, um Feuerstein, das Material für Werkzeuge der damaligen Zeit zu gewinnen. Auch der Salzbergbau reicht weit in die Urgeschichte der Menschheit zurück. Im Altertum wurde der Bergbau, zu mal der auf die Gewinnung von Edelmetallen gerichtet, durch Sklaven betrieben, die zum Vorteil des Landesherrn bzw. des Kaisers zur Arbeit gehalten wurden. In den entlegenen Gebieten des römischen Weltreiches gab es aber auch private Bergwerksbetriebe, in welchen neben Sklaven auch halbfreie Bergarbeiter beschäftigt wurden. Die Bergarbeit hat damals als schimpflich, und Verbrecher, insbesondere auch Reicher, wurden zur Zwangsarbeit in den Bergwerken verurteilt. In dem Maße als die Bergwerksarbeit schwieriger wurde und höhere technische Fertigkeit beanspruchte, wuchs die Zahl der freien Bergarbeiter.

Auch in Deutschland, in dessen südlichen Teilen schon von den Römern Bergbau betrieben wurde, waren, so lange wie die Bergarbeiter nur geringe Fertigkeiten erforderlich waren, die Bergleute ebenso wie die übrigen zum Fronhof gehörigen Handwerker höhere, die neben der Förderung besonders von Eisenerz auch das Schmelzen und Schmieden zu besorgen hatten. Die höhere berufliche Fertigkeit, die sich die Knappen mit der steigenden Entwicklung des Bergbaus aneigneten, führte auch hier zur allmählichen Besetzung der Leibeigenhaft. Später erfreuten sich die Bergleute sogar besonderer Vorrechte, da die Fürsten als Besitzer des Bergs für den Edelmetallbergbau ein Interesse daran hatten, gebliebene Knappen ins Land zu rufen und sie sich zu erhalten. Sie erfreuten sich insbesondere voller Kreuzfähigkeit, deren sie auch bedurften, um in abgelegenen Gegenenden Erzläger zu finden und zu erschließen. Desfalls wuchsen sich solche Bergarbeiterkolonien zu kostreichen Städten aus, so dass der Bergmann im Mittelalter ein wichtiges Element für den Kulturschritt bedeutete. In dieser Blütezeit des Bergbaus schufen sich die Knappen ihr eigenes Reich. Auch die Unterstützungseinrichtungen, aus welchen sich später die Knappenschaften entwickelten, haben sich die Bergleute selbst geschaffen und lange Zeit hindurch allein verwaltet.

Als sich der Kapitalismus im Bergbau breit machte, eine Scheidung zwischen den Bergarbeitern und den Besitzern der Bergwerke, den „Gewerken“, eintrat, verschlechterte sich auch die Lage der Bergarbeiter. Eine weitere Verschlechterung wurde verursacht durch die Verminderung der Ertragbarkeit des Bergbaus; dazu kam, dass die Landesfürsten, deren Macht im 16. und 17. Jahrhundert eine starke Steigerung erfahren hatte, die Privilegien der Bergleute gewaltig besetzten. Bleib ihnen auch die persönliche Freiheit, so unterschied sich ihre wirtschaftliche Lage kaum von der der Bergslaven des Altertums. In einem besonderen Kapitel wird der Kohlenbergbau behandelt, der sich viel später und auch in anderer Weise als der Erzbergbau entwickelt hat. Als Anhang sind dem Buch einige Abbildungen aus dem Bergbau im Mittelalter sowie einige alte Urkunden beigegeben.

Otto Hues hat mit seinem Buch ein bedeutungsvolles Werk vollbracht. Es ist wohl in erster Linie den Bergarbeitern gewidmet, doch soll es, wie es im Vorwort heißt,

* Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Von Otto Hues. Stuttgart, Verlag von F. C. W. Ochs. Nach-

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Wahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Fischlern, Maschinenbauern und Hilfsarbeitern nach Buer i. Westf. (Dörpinhaus), Delmenhorst (Waggonfabrik Löwes), Emde, Eisenberg (Eisenschmiede), Freiberg i. S. (Möbelfabrik Gustav Heinrich), Hameln (Norddeutsche Automobilfabrik), Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Niesbaum u. Gutenberg), Kaiserstultern (Edel), Kleinensbrück, Mölln in Lauen. (Freese), Mühlhausen i. Thür. (Weigelt u. Seifert), Mühlhausen i. E. Neu-Isenburg (Wittich), Maderberg, Mastatt, Gegeberg, Stolp in Pommern, Ning a. Donau (Möbelfabrik Müller).

Slavikerarbeiter nach Braunschweig (Beitter u. Winkelmann), Liegnitz und Schwäbisch Gmünd (S.A.). Modeltschern nach Zürich (Wiederkehr u. Schneller). Stuhlbauern nach Br. Holland.

Korbmachern nach Niedersachsen in der Schweiz. Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupaka i. Böhmen. Knopfmachern nach Frankenthalen. Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst, Mastatt, Schötmar.

Was sie wollen!

In Herr Stegerwald, der christliche Generalsekretär, hat, wie der „Holzarbeiter“ berichtet, jüngst in einer Anzahl Städte Westdeutschlands „imposante“ christliche Gewerkschaftsversammlungen abgehalten, worin er über die christlichen Gewerkschaften in den Strömungen der Gegenwart rede. Was der Herr Generalsekretär redet oder schreibt, zeichnet sich stets durch einen hohen Grad von Unklarheit aus. Das mag an der Gedankenwirksamkeit des Herrn Generalsekretärs liegen, vielleicht aber noch mehr an der Unmöglichkeit, das innerlich unvollkommene Wesen der christlichen Gewerkschaften zu rechtfertigen, wobei man eben aus den Bivedeutigkeiten, Jesuitereien und Widersprüchen nicht herauftkommt. Daran fehlt es nun auch in derrede nicht, die Herr Stegerwald in den „imposanten“ Gewerkschaftsversammlungen in Süddeutschland gehalten hat. Über bei einiger Anstrengung kommt man doch dahinter, was der Grund und das Ziel der reichlich Krausen Gedankengänge des Herrn Generalsekretärs sind. Er bellagt sich, nachdem er zum tausendsten Male das Lied von der „Unabhängigkeit“ und „Selbständigkeit“ seiner Gewerkschaften gesungen hat, dass weite bürgerliche Kreise der Sozialdemokratie direkt in die Hände arbeiteten. Auch weite Arbeitgeberkreise, die für die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten Großes geleistet hätten, machen sich über das, was künftig werden soll, leinerlei Kopfschrecken. Die Sozialdemokratie sage, dass zwischen Arbeitgeber und Arbeiter unüberbrückbare Gegensätze beständen, die nur durch die sozialistische Wirtschaftsordnung, die mittels des Klassenkampfes zu erstreben sei, behoben werden könnten. Die christliche Gewerkschaftsbewegung dagegen führt in der heutigen Wirtschaftsordnung keine schlechtere als in der sozialistischen. Die christlichen Gewerkschaften räumen den privaten Unternehmen weitgehende Funktionen und eine angemessene Stellung im Wirtschafts- und Gesellschaftsorganismus ein. Zweifellos bestehen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gegensätzliche Interessen. Die Kämpfe um deren Ausgleich betrachteten die christlichen Gewerkschaften nicht als Klassenkampf, sondern sie erstreben darum eine gerechte Verleistung des Ertrages der Produktion mit dem Ziele ihrerseits, an einer größeren Klassenverhältnis mitzuwirken. Trotz dieser grundfäßlich stark voneinander abweichenden Wertung des Unternehmensklimas heute viele Unternehmerkreise die christlichen Gewerkschaften für schlimmer als die sozialdemokratischen. Auch in den Kreisen der Staatsmänner herrsche gegenüber der Sozialdemokratie eine völlige Abseit- und Disziplinslosigkeit. In Berlin erwäge man, wie durch Arbeitswilligen- schutzgesetze die Sozialdemokratie in Schach gehalten werden könnte, während zur gleichen Zeit süddeutsche Staatsmänner in derselben Sozialdemokratie eine grohartige Bewegung führen. Das sei die reinste Ironie in der Weltgeschichte. Und in solchen Situationen verlange man dann Billigung und Grundhaftigkeit von den breiten Volksmassen. Mit Gesetzen gegen die Sozialdemokratie, die die Arbeiterbewegung allgemein trafen, schaffe man keinen anderen Weiß, damit ergiebt man keine Gessinnungspflege. Diese aber sei nötig und lasse sich nur dadurch herbeiführen, dass man in den Kreisen der Staatsmänner und Unternehmern, sowohl in bürgerlicher wie wirtschaftlicher Hinsicht sich einmal darüber klar werde, was man wolle.

Es muss schon ein sehr harmloses Wesen sein, dem die Vorgänge der letzten Zeit immer noch nicht gelehrt haben, was man in den Kreisen der Regierung und der bürgerlichen Parteien will. Dann jemand einen Zweifel darüber haben, dass die Konservativen, die Ultramontanen und die Nationalliberalen, dass Wilhelm II. und seine Befürworter lieber heute als morgen der Sozialdemokratie sam-

der zu ihr haltenden Gewerkschaftsbewegung den Garant machen? Also, was die Staatsmänner und Unternehmern wollen, das weiß jedermann. Und auch Herr Stegerwald weiß es, schon aus dem Grunde, weil er und die Seinen genau dasselbe wollen, wie die Bethmann-Hollweg, die Heydebrand, die Beumer und Bueck. Allerdings zwischen Wollen und Können ist ein weiter Raum, und auf diesem Raum liegt allerhand Ungewisses, Bedenkliches, Gefährliches. Und das ist es, was die großen und kleinen Gewerkschaftsvertreter von Heydebrand bis Stegerwald ärgern, schwanken und fragen lässt. Kein Zweifel, dass die christlichen Gewerkschaften ihre unsauberen Hände zu dem tödlichen Werk der Befreiung der Menschheit von der Lage der Sozialdemokratie bieten würden. Sie kommen ja nicht hoch, so lange es eine sozialistische Arbeiterbewegung gibt; ihre Führer bleiben Größen ersten Ranges, so lange sie nichts sind, als der Nachdruck vom großen Proletarierheere, das unter der roten Fahne einhermarschiert; die Herren Biesberts, Schiffer und Genossen bleiben arme Schächer, die als Handlanger des Zentrums nichts tun können, ohne gewiss zu sein, dass sie der sozialistischen Mute verfallen um als Volks- und Arbeitervende gestürpt zu werden. Die Herren wissen, dass ihr Ruhm bei den Arbeitern sichtlich im Schwund ist, deshalb schmeichelten sie den Unternehmern und Staatsmännern, empfehlen sich als die Gutgestimmten, heulen über die Verderbnis der Sozialdemokratie und fragen die Bethmann und Heydebrand, die Kirdorf und Bueck: Was wollt Ihr tun, um der roten Wirtschaft ein Ende zu machen — wir, die Christlichen, tun mit! Gegen Umsturz- und Rückhausgesche, die die Arbeiterbewegung allgemein treffen, haben die Christlichen, wie Herr Stegerwald hundigt, Bedenken, aber wenn es gelänge, die Stotter allein zu treffen, dann wären sie dabei. Das schafft „Gesinnungspflege“, das würde die christlichen Herren erquicken und sie stärken in dem schweren Berufe, Staat und Gesellschaft zu erretten.

Im Reichslage hat der Philosoph auf dem Kanzlerstuhl die Regierung dagegen verwahrt, dass sie bereit sei, mit Ausnahmegegeschenk vorzugehen, aber er hat doch angeboten, wie es möglich sei, in den Rahmen der allgemeinen Gesetgebung, in das Strafgesetz, in die Strafprozeßordnung und die Reichsversicherungsordnung Bestimmungen einzufügen, die dem sozialistischen Geist in der Arbeiterbewegung entgegenwirken, also wie Ausnahmegegeschenk wirken sollen — zumal wenn Polizei und Gerichte mitwirken, dass jene Bestimmungen am „tauglichen Objekt“, d. h. bei Personen in Anwendung kommen, die umstürzlerischer Gesinnung verdächtig sind. Die Christlichen werden zunächst noch einige Bedenken tragen, solchen Plänen ihre Zustimmung zu geben, da sie fürchten müssen, trotz ihrer guten Gesinnung gelegentlich den Schlingen derartiger Bestimmungen zu verfallen. Über nur Geduld: beim Zentrum ist das Verlangen, der Sozialdemokratie den Hals umzudrehen, derartig ausgeprägt, dass es nicht davor zurücksticht, seine Hand zur Strangulierung der sozialdemokratischen Agitation zu leihen. Das führende Blatt des bayerischen Zentrums, die „Augsburger Postzeitung“ meint, eine neue Umsturzvorlage würde im Reichslage unter keinen Umständen eine Mehrheit finden, wohl aber sei es möglich, dass die Mehrheit des Reichslages sich bereit zeigen werde, in das Strafgesetz schärfere Bestimmungen gegen die verbrechende und aufreizende Tätigkeit fanatischer Agitatoren einzufügen. „Was der Reichskanzler“, so schreibt das Blatt, „über seine Absichten mitgeteilt hat, entspricht nicht im geringsten einer Umsturzvorlage. Es soll kein Ausnahmegegeschenk geschaffen werden, sondern ein allgemeines Recht, das gewisse allgemeine, ohne Rücksicht auf die politischen Zwecke als strafwürdig anerkannte Handlungen unter Strafe stellt.“

Das genannte Zentrumblatt hat allerdings einige Bedenken, dass die ultramontanen Arbeiter sich nicht so ohne weiteres diesen Plänen anschließen, da sie fürchten könnten, von solchen Bestimmungen ebenfalls getroffen zu werden. Aber, so meint das Blatt, die Katholiken, dem Zentrum angehörenden Arbeiter würden „bei genügender Aufklärung über die Sachlage es in ihrer Fröuden begrüßen, wenn die Sozialdemokratie gezwungen wird, sich von der Belästigung ihrer böschäftigen Verkehrsmanieren, ihrer wüsten Schmähsucht gegen Andersdenkende, ihrer niedrigen und gemeinen Hebe gegen Fürsten und Staatsgewalt und ihres schamlosen Terrorismus einige Reserven aufzuerlegen.“

Nun weiß Herr Stegerwald und sein Gefolge hoffentlich, was die maßgebenden Kreise wollen. Und er und die Seinen werden, zumal wenn von Mr.-Gladbach aus die vom Zentrum gewünschte „genügende Aufklärung“ folgt, frohen Mutes einschwenken in die Methoden der Bethmann-Hollweg, Heydebrand und Bueck. Also auf zur Sozialdemokratie! Wir wollen sehen, wer dabei auf der Strecke bleibt!

Soziales.

Die Entwicklung der Tarifverträge seit 1903.

Die Generalkommision der Gewerkschaften hat sich der Mühe unterzogen, die Tarifvertragsstatistiken seit 1903 zu einem Vergleich einander gegenüberzustellen. Freilich sind diese Vergleiche nicht so ganz einfach und unbedingt zutreffend, denn die Aufzeichnungen aus den ersten Jahren der Tarifstatistik sind recht spärlich, auch sind die Bearbeitungen der einzelnen Jahre nicht nach gleichen Grundsätzen erfolgt.

Zuerst hat die im Jahre 1903 errichtete „Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserl. Statistischen Amtes“ die planmäßige Sammlung und Bearbeitung der Tarifverträge in die Hand genommen.

Von dieser Seite sind in den Jahren 1903 und 1905 Statistiken über Zahl und Inhalt der bestehenden Tarifverträge aufgenommen. Seit 1905 werden alljährlich die neu abgeschlossenen Verträge nach Weltungsbereich (Zahl der Betriebe und Arbeiter) und Inhalt bearbeitet. Zu diesen Feststellungen werden seit 1907 an die vertragsschließenden Organisationen Fragebögen ausgegeben.

Dagegen werden jetzt Zusammenstellungen über Zahl und Weltungsbereich der jeweils am Jahreschluss gültigen Tarifverträge nur nach den summarischen Angaben der Organisationen, in erster Linie der freien Gewerkschaften, gemacht. Dadurch sind natürlich Doppelzählungen durch mehrere Organisationen möglich. Das Ziel auf dem Gebiete der Tarifstatistik muss sein: eine alljährliche Feststellung der bestehenden Tarifgemeinschaften nach Umfang und Inhalt, wie solche Bearbeitung für unser Verbandsgebiet schon heute im Jahrbuch erfolgt. Immerhin lassen aber auch die vorhandenen Angaben interessante Vergleiche zu. Vor allem aber lässt sich deutlich der Aufstieg der Arbeiterklasse zu kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen erkennen.

An Tarifverträgen überhaupt wurden bei der ersten Aufnahme im Jahre 1903 nur 882 gezählt, 1905 dagegen bereits 1573. Ende 1908 war diese Zahl bereits auf 3584 Verträge angewachsen, denen 817 445 Arbeiter unterstanden. Da hiermit wohl schon alle Großstädte erfasst waren, stieg in den nächsten Jahren die Zahl der Verträge schneller als die der davon erfassten Arbeiter. Ende 1909 erstreckte sich die Tarifstatistik des Statistischen Amtes auf 8578 Tarife für 187 214 Betriebe mit 1 107 478 Arbeitern, das sind etwa 10,5 Proz. der 10 516 650 in Industrie und Handel überhaupt beschäftigten Arbeiter.

Interessant ist die Verschiebung der vertraglichen Arbeitszeit im Laufe der Jahre, wie diese nachstehend zum Ausbruch kommt:

1903: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 91,1 Prozent der Tarife, längere Arbeitsdauer 8,9 Prozent des Tarife.

1905: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 73,5 Prozent, längere Arbeitsdauer 8,8 Proz., unbestimmt 18,2 Prozent der Tarife.

1906: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 85,9 Prozent, längere Arbeitsdauer 11,8 Proz., unbestimmt 2,3 Prozent der Tarife.

1907: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 94,6 Prozent, längere Arbeitsdauer 5,4 Proz. der Arbeiter.

1908: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 90,2 Prozent, längere Arbeitsdauer 8,2 Proz., unbestimmt 8,7 Prozent der Arbeiter.

1909: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 89,2 Prozent, längere Arbeitsdauer 8 Proz., unbestimmt 4,8 Prozent der Arbeiter.

Sind diese Prozentziffern auch nicht streng statistisch vergleichbar, da die Ziffern bis 1908 sich auf die Zahl der Tarife, die von 1907 ab sich auf die Zahl der Arbeiter erstrecken, und weiterhin die Ziffern von 1908 ab nur die im Berichtsjahr in Kraft getretenen Tarife betreffen, so lässt sich doch schon aus dieser Zusammenstellung unzweifelhaft das Streben nach Ausmerzung der längeren Arbeitszeit erkennen.

Noch stärker würde diese Tendenz auftage treten, wollte man diese Vergleiche auf die Arbeitszeiten von 8 und 9½ Stunden ausdehnen. Die Fortschritte auf diesem Gebiete werden sich immer mehr unter der 10-Stunden-Grenze abspielen, während andererseits immer wieder tarifliches Neuland mit zunächst langer Arbeitszeit gewonnen wird.

Eine ähnliche Entwicklung zeigen die Stundenlohnsätze. Es waren vereinbart für männliche Arbeiter:

1903 (meist Baugewerbe): über 45 Pf. Stundenlohn hatten 38,0 Proz.; zwischen 35 bis 45 Pf. hatten 33,7 Proz. und einen solchen bis zu 35 Pf. hatten 28,3 Proz. der Tarife.

1905 (nur Baugewerbe): über 45 Pf. Stundenlohn hatten 38,6 Proz.; 35 bis 45 Pf. hatten 40,2 Proz. und bis zu 35 Pf. hatten 21,2 Proz. der Tarife.

1906: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 37,1 Proz.; von 35 bis 45 Pf. hatten 31,9 Proz. und bis zu 35 Pf. hatten nur 30,7 Proz. der Arbeiter.

1907: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 45,3 Proz.; von 30 bis 45 Pf. hatten 39,3 Proz. und bis zu 35 Pf. hatten 14,4 Proz. der Arbeiter.

1908: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 42,1 Proz. der gelernten und 23,5 Proz. der ungelernten Arbeiter; von 35 bis 45 Pf. hatten 32,2 Proz. der gelernten und 29,5 Proz. der ungelernten Arbeiter und bis zu 35 Pf. hatten 25,7 Proz. der Gelernten und 47,0 Proz. der Ungelernten.

1909: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 50,9 Proz. der gelernten und 28,4 Proz. der ungelernten Arbeiter; zwischen 35 bis 45 Pf. hatten 38,1 Proz. der Gelernten und 41,7 Proz. der Ungelernten und bis zu 35 Pf. hatten 11,6 Proz. der Gelernten und 34,9 Proz. der Ungelernten.

Für Arbeiterinnen wurden Stundenlöhne vereinbart:

1908: Mehr als 30 Pf. pro Stunde hatten 1,8 Proz. der Gelernten und 0,7 Proz. der Ungelernten. 21–30 Pf. hatten 20,4 Proz. der Gelernten und 11,3 Proz. der Ungelernten. 11–20 Pf. hatten 33,7 Proz. der Gelernten.

und 43,2 Proz. der Angelernten. Unter 10 Pf. hatten 95,1 Prozent der Gelernten und 44,4 Prozent der Angelernten.

1900: Mehr als 80 Pf. Stundenlohn hatten 42,4 Prozent der Gelernten und 1,1 Prozent der Angelernten. 21—30 Pf. hatten 83,1 Prozent der Gelernten und 48,8 Prozent der Angelernten. 11—20 Pf. hatten 24,5 Prozent der Gelernten und 10,8 Prozent der Angelernten und unter 10 Pf. nur 10,2 Prozent der Angelernten.

Auch hier ist ein erhebliches Anwachsen der höheren Lohnklassen und ein Verschwinden der niedrigeren Lohnklassen unverkennbar. Zu eingehenderen Vergleichen reicht indes diese Statistik aus den bereits eingangs erwähnten Gründen nicht aus. Meist wertvoller wäre eine solche Statistik, die über Arbeitsdauer und Arbeitslohn im gesamten Tarifbestand vollen Aufschluß gibt.

Das Jahr 1910 mit seiner gewaltigen Lohnbewegung wird die im Vorstehenden stizzierter Entwicklung zur tariflichen Festlegung kürzerer Arbeitszeit und höheren Lohnes wesentlich beschleunigen. Dazu kommt, daß die Fassung der Verträge eine klarere und bestimmtere wird. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß der Wert eines Tarifvertrages nicht allein von den materiellen Zugeständnissen, sondern ganz wesentlich auch von den sonstigen Bestimmungen abhängt. Die künftige Tarifstatistik wird ein Gradmesser gewerkschaftlichen Einflusses sein.

Deutscher Holzarbeitertag.

Der Aktionsausschuß für den Holzarbeitertag veranstaltet folgende Einladung:

Das Hausrbeitsgesetz steht vor der Entscheidung. Der Bericht der Reichstagsskommission liegt vor. Die zweite Lesung im Reichstag wird bald nach Wiederbeginn der Sitzungen stattfinden. Was in ihr beschlossen wird, wird voraussichtlich in der dritten Beratung bestätigt werden. Dann hat der Bundesrat das letzte Wort. Ist das Gesetz aber zustande gekommen, so ist sicher damit die Regelung der Hausrindustrie auf lange Zeit hinaus abgeschlossen. Es gilt daher, in leichter Stunde die Wünsche und Forderungen, die die Holzarbeiter und ihre Freunde an die Gesetzgebung haben, noch einmal zum offenen Ausdruck zu bringen.

Der Holzarbeiterkongress von 1904 und die deutsche Holzarbeiterausstellung von 1908 haben den Anstoß zu dem Hausrbeitsgesetz gegeben, das Ende 1907 dem Reichstag vorgelegt worden ist und somit viele drei Jahre bis zur Entscheidung gebraucht hat. Die Regelung der Hausrarbeit nach den Beschlüssen der Reichstagsskommission erscheint in wichtigen Punkten ungünstig; daher sind wir der Überzeugung, daß im Rahmen dieses Gesetzes noch manche Verbesserungen Platz greifen müssen, soll wirksam den schweren Notständen der Holzarbeiter gesteuert werden. Um solche Verbesserungen vorzuschlagen und an Reichstag und Bundesrat zu bringen, laden wir Vertreter der Holzarbeiter aller Berufszweige und Freunde der Holzarbeiter aus den bürgerlichen Städten, die bisher schon zu gemeinsamer Arbeit wiederholt vereint waren, zu einer Kundgebung ein. Mit Vermeidung aller politischen Tendenzen, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen, ist der Zweck dieser Kundgebung einzig und allein, die Wünsche und Forderungen der Holzarbeiter noch einmal zusammenzufassen und öffentlich auszusprechen.

Der Holzarbeitertag wird stattfinden am 12. Januar 1911 von 9 Uhr vormittags an in den Räumen von Kellers Neue Philharmonie, Berlin, Köpenicker Straße 96/97.

Das Hauptreferat hat Professor Dr. Wilbrandt-Tübingen übernommen. Anmeldungen zu diesem Kongress nimmt entgegen das Bureau für Sozialpolitik, Berlin B. 30, Nollendorfstraße 29/30.

Eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Holzarbeiter wird der Sache dienen. Ergeht von dem Kongress eine einmütige und starke Wotschaft der Holzarbeiter in Stadt und Land an den Reichstag und den Bundesrat, so werden ihre Wünsche, das hoffen wir bestimmt, ihren Eindruck nicht verfehlten und das Hausrbeitsgesetz so gestalten helfen, wie es den Bedürfnissen und Mößen der Holzarbeiter entspricht.

Der Aktionsausschuß:

Professor Dr. E. Frände, Margarete Behm, Ingenieur E. Bernhard, Joh. Giesberts, M. d. R. C. Goldschmidt, Grüner, Joh. Sojenbach, Robert Schmidt, M. d. R. Dr. phil. Gerlind Bäumer, Frau Minna Bauer, Gerlind Döhrenfurth, Margarete Friedenthal, Gustav Hartmann, Professor Dr. Heinrich Herkner, Frau Heinrich Dr. Hopmann, Karl Hübsch, Paula Mueller, Frau Luise Rosengart, Gustav Sabath, M. d. R. Schäfer, M. d. R. Anna Schmidt, Professor Dr. Werner Sombart, Professor Dr. Albert Willbrandt, Leopold Winter, Präsident Dr. Waldemar Zimmermann.

Die Nationalliberalen und die Gelben, über die Stellung der Nationalliberalen zur Sozialpolitik und zu den gelben Organisationen hat sich in einer am 12. Dezember abgehaltenen Versammlung der Führer der nationalliberalen Landespartei in Bayern, Herr Tafel, in bemerkenswerter Weise ausgetragen. Er führte in der Beziehung aus:

Hinsichtlich der Sozialpolitik sind die Nationalliberalen der Überzeugung, daß für die nächsten zwei Jahrzehnte ein langfristiges Empfehlen der Sozialpolitik notwendig sei. Wenn an sozialer Fürsorge etwas geschehen soll, so möge man Frauen und Kinder berücksichtigen. Koalitionsfreiheit darf nicht in Koalitionszwang ausarten. Die Nationalliberalen schmähen mit den gelben Gewerkschaften. Nicht nur, weil sie sich national nennen, wie auch wir, sondern, weil wir sie für befähigt halten, gegen den Terrorismus anzukämpfen, unter dem in unseren Tagen weite Kreise des deutschen Volkes leiden, und weil wir sie für geeignet halten, zum sozialen Frieden beizutragen, nach dem sich Hunderttausende heutzutage sehnen. Aus diesem Grunde wird die nationalliberale Partei in Bayern für die gelben Gewerkschaften eintreten mit allem Nachdruck, unbekümmert um die krisiell doktrinärer oder sonstiger Gegner."

Diese Offenbarung enthält eigentlich nichts neues, denn in bezug auf den Ausbau der Sozialpolitik haben sich die Nationalliberalen bisher stets als unsichere Kantonsen rewielesen. Viele der hervorragendsten Schriftsteller rechnen auch politisch zur nationalliberalen Partei. Die Förderung der gelben Bewegung hängt mit der Feindschaft gegen die Sozialpolitik auf das Engste zusammen. Ist es also keine neue Weisheit, die Herr Tafel von sich gegeben hat, so ist doch seine Offenherzigkeit zu begrüßen. Eine Partei, die sich offiziell als Gegnerin der Sozialpolitik bekennt und die gelbe Bewegung förber will, kann auf Sympathien in Arbeiterkreisen nicht rechnen.

Die deutschen Großstädte. Allmählich werden die Ergebnisse der am 1. Dezember vorgenommenen Volkszählung bekannt. Besonders liegen nun die Resultate der Zählung in den großen Städten vor. Daraus ergibt sich, daß Deutschland zurzeit 47 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern zählt. Von diesen Städten haben 23 mehr als 200.000 und 7 Städte mehr als eine halbe Million Einwohner. Außer Berlin gibt es keine Stadt, welche eine Million überschritten hat, doch ist Hamburg der ersten Million so nahe gerückt, daß es diese Bissse bis zur nächsten Zählung erreicht haben dürfte. Das Wachstum der Großstädte ist in der letzten Periode wieder sehr ungleichmäßig erfolgt. Im allgemeinen ist aber die durchschnittliche Zunahme gegenüber den früheren Zählungsperioden zurückgeblieben. Eine Ausnahme machen nur solche Städte, die ihren Bevölkerungszuwachs in der Hauptstadt in der Zwischenzeit erfolgten Eingemeindungen zu danken haben. Nachstehend geben wir die 47 Großstädte nach ihrer Größe geordnet und folgen zum Vergleich die Einwohnerzahl nach der Volkszählung von 1905 hinzu:

	1910	1905
1. Berlin	2 064 153	2 040 148
2. Hamburg	936 000	802 798
3. München	595 058	588 988
4. Leipzig	585 748	587 789
5. Dresden	546 882	516 096
6. Köln	511 042	428 722
7. Breslau	510 020	470 004
8. Frankfurt a. M.	411 406	384 978
9. Düsseldorf	356 738	322 411
10. Nürnberg	352 539	294 426
11. Charlottenburg	304 280	289 559
12. Hannover	290 758	250 024
13. Essen	298 000	231 380
14. Chemnitz	286 466	240 486
15. Stuttgart	285 589	240 286
16. Magdeburg	279 044	240 688
17. Königsberg	248 050	223 770
18. Bremen	216 827	214 801
19. Minden	236 878	153 518
20. Stettin	231 033	224 119
21. Duisburg	227 075	192 846
22. Dortmund	212 862	175 577
23. Kiel	208 845	169 772
24. Mainz	198 870	168 008
25. Halle	180 496	169 918
26. Strassburg	178 290	167 678
27. Schöneberg	172 672	141 010
28. Eltona	172 411	168 820
29. Elberfeld	170 068	162 859
30. Danzig	169 906	159 648
31. Barnim	169 019	150 080
32. Wesseling	168 293	147 005
33. Aachen	160 008	144 005
34. Bofen	154 811	186 808
35. Kassel	158 878	120 487
36. Braunschweig	143 819	136 897
37. Bochum	130 829	118 404
38. Karlsruhe	133 053	111 249
39. Krefeld	120 219	110 844
40. Plauen	121 104	105 881
41. Wilmersdorf	116 500	68 569
42. Mainz	113 245	91 179
43. Erfurt	111 498	98 849
44. Mühlheim a. Ruhr	110 598	93 509
45. Wiesbaden	100 018	100 958
46. Saarbrücken	104 390	89 698
47. Augsburg	101 500	94 928

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstellen Direktor wird hierdurch auftragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrags von 10 Pf. ab 1. Januar 1911 erteilt.

Nach der Vorschrift des Status hat im Monat Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokalverwaltung und der Revisoren stattzufinden. Wiedergewählt ist gültig. Von allen Wahlen ist sofort nach ihrem Abschluß dem Verbandsvorstand Mitteilung zu machen, wobei auch die Adressen der Gewählten anzugeben sind. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Verbandsvorstand, welche als erfolgt zu betrachten ist, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tagen nach der Anmeldung kein Einwand erhoben wurde. Zur Anbringung etwaiger Adressänderungen auf den Verbandsplakaten können gummierte Zettel zum Aufkleben mit dem entsprechenden Vordruck von uns bezogen werden.

Die zweite Auflage des Almanach für das Jahr 1911 gelangt Mitte Januar zum Verkauf. Etwa noch ausstehende Bestellungen bitten wir der Verlagsanstalt umgehend zugehen zu lassen.

Wie an anderer Stelle der heutigen Nummer zu lesen ist, findet am 12. Januar in Berlin ein Deutscher Holzarbeitertag statt, an dem eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Holzarbeiter erwünscht ist. Zwecks Beschaffung des Holzarbeitertags ist der Verbandsvorstand mit den für den Deutschen Holzarbeiterverband hauptsächlich in Betracht kommenden Orten und Branchen der Hausrindustrie bereits direkt in Verbindung getreten. Darüber hinaus richten wir an die Zahlstellen

an allen Orten, in denen Hausrindustrie in den für unser Verband in Frage kommenden Berufen betrieben wird, die Aufforderung, zu dem Holzarbeitertag in entsprechender Weise Stellung zu nehmen und einschlägiges Material an uns einzusenden, desgleichen auch wegen der eventuellen Entsendung eines Delegierten aus den Reihen der Holzarbeiter mit uns in Verbindung zu treten. Da die Namen der Delegierten jedoch schon bis 8. Januar bei der Generalkommission angemeldet werden müssen, ist eine Beschleunigung der Sache dringend geboten.

Mitglieder ausländischer Holzarbeiterverbände, welche in Deutschland in Arbeit treten, haben innerhalb 6 Wochen ihren Bevortritt in den Deutschen Holzarbeiterverband zu vollziehen. Die Lokalverwaltungen werden hierdurch ersucht, fortan die ausländischen Mitgliedsbücher der Verfeindeten zur Umsteibung an die Hauptstelle einzuführen. In den Zahlstellen selbst dürfen an überlappende ausländische Mitgliederneue Mitgliedsbücher fortan nicht mehr ausgestellt werden.

Die Monatsliste über die Arbeitslosigkeit im Monat Dezember ist spätestens bis zum 1. Januar an uns einzusenden. Um Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Veröffentlichung von seiner Zahlstelle verfügt werden. Als verantwortliche Arbeitslosen-, Messe- und Krankenunterstützung sind die im Monat Dezember aus der Haupt- und Lokalstelle gewährten Verträge jeweils zusammengezählt einzustellen. Auf der Vorderseite der Verträge sind die Arbeitslosen am letzten Tage des Monats ihrem Berufe entsprechend aufzuführen. Auch von solchen Zahlstellen, in denen keine Fälle von Arbeitslosigkeit und gewährter Krankenunterstützung vorliegen, ist eine Vertragsliste mit Angabe der am Schlusse des Monats vorhandenen Mitgliederzahl einzusenden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Maschinenarbeiter und ungelehrte Hilfsarbeiter in allen Betrieben der Holzbearbeitung, sowie der übrigen Branchen unseres Verbandes nur in den Deutschen Holzarbeiterverband aufzunehmen sind. Für die außerhalb der Werkstätten auf den Holzplätzen beschäftigten Arbeiter gilt das gleiche, d. h. für alle diese Arbeiter ist unser Verband die einzige gewerkschaftliche Organisation. Auch in den Sägewerken sind außer den Sägern auch die Helfer und Blasenarbeiter in den Deutschen Holzarbeiterverband aufzunehmen. Zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten hat der Gewerkschaftskongress in Hamburg jede unlautere Agitation, besonders unter Hinweis auf niedrige Verträge oder höhere Unterstützungen, untersagt; solche Aufnahmesuchende, die aus anderen Verbänden ohne genügende Anmeldung und Negierung ihrer Verdienstleistungen austreten oder ausgeschlossen wurden, sollen zurückgewiesen werden und jeder Druck auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder ist zu unterlassen. Wenn in einem Betrieb Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Wir ersuchen die Lokalverwaltungen, sich nicht nur nach diesen Konkurrenzbeschlüssen zu richten, sondern auch anderen Verbänden gegenüber von denselben Gebrauch zu machen.

Der Verbandsstag in München hat bezüglich der in den Betrieben der Holzindustrie und der übrigen für unseren Verband zustehenden Branchen beschäftigten jugendlichen Arbeitern beschlossen, daß die Lokalverwaltungen und Vertrauensmänner des Verbandes in allen Orten verpflichtet sein sollen, sie frühzeitig über die Bestrebungen des Verbandes aufzuklären und nach Möglichkeit als jugendliche Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Die Ausnahme erfolgt unter den für weibliche Mitglieder geltenden Bestimmungen, jedoch werden ihnen besondere Mitgliedsbücher für jugendliche Mitglieder verabfolgt, deren Ausstellung durch den Verbandsvorstand zu erfolgen hat. Zu diesem Zweck sind die ausgestütteten Aufnahmen einzeln beim jugendlichen Mitglieder an die Hauptstelle einzuführen, worauf die Aufwendung der Mitgliedsbücher umgehend erfolgt. Als jugendliche Mitglieder können nur Arbeiter unter 17 Jahren aufgenommen werden. Lehrlinge sind von der Aufnahme ausgeschlossen. Mit Vollendung des 17. Lebensjahrs haben die jugendlichen Mitglieder sich zu vollzählenden Mitgliedern umschreiben zu lassen; das Mitgliedsbuch ist zu diesem Zweck rechtzeitig wieder an die Hauptstelle einzuführen. In den vierjährigen Abrechnungen der Zahlstellen müssen die jugendlichen Mitglieder stets getrennt von den vollzählenden Mitgliedern aufgeführt werden.

Nächstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 17497 Gustav Wiesinger, Tischler, geb. 24. 12. 67 zu Brodau,
- 108818 Georg Stüsserhöfer, Tischler, geb. 28. 6. 80 zu Egelheim,
- 107400 Rudolf Fischer, Tischler, geb. 28. 8. 87 zu Großberg,
- 224707 Eduard Chrutz, Maschinenarbeiter, geb. 11. 11. 80 zu Königshütte,
- 230540 Emil Möller, Polierer, geb. 13. 6. 82 zu Breslau,
- 230105 Heinrich Feige, Tischler, geb. 20. 8. 48 zu Bischbach,
- 242386 Paul Ullert, Tischler, geb. 21. 4. 87 zu Fürth,
- 364090 Adolf Richter, Tischler, geb. 20. 4. 88 zu Barzdorf,
- 372074 Ernst Jädel, Tischler, geb. 17. 5. 91 zu Langenöls,
- 477844 Hermann Goldschmidt, Tischler, geb. 30. 12. 89 zu Mindelbrück,
- 503840 Wilhelm Wolter, Tischler, geb. 26. 6. 90 zu Lichtenberg,
- 514980 Karl Jacobi, Tischler, geb. 5. 8. 89 zu Söhren,
- 522383 Josef Hornig, Korbmacher, geb. 18. 5. 92 zu Stephanhain,
- Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. (Modellschreiner.) Vor kurzer Zeit berichteten wir an dieser Stelle, daß der Arbeitsnachweis der Modellschreiner sich auf dem Verbandsbureau, Alleeheiligenstr. 51 I., befindet und ersuchten die Kollegen, sich strikte an diesen zu halten, daß Anfassen und Schreiben an die Arbeitgeber unter allen Umständen zu unterlassen. Leider scheint sich ein Teil der Kollegen gar nicht daran gewöhnen zu wollen, denn in der letzten Sektionversammlung wurden mehrere Verstöße gegen das Arbeitsnachweisregulativ festgestellt. Kollegen, es liegt in eurem eigenen sowie im Interesse des Verbandes, den von euch selbst geschaffenen Arbeitsnachweis hochzuhalten; wenn lehrer funktionieren soll, darf ihr nur Arbeit von diesem annehmen. Des weiteren möchten wir darauf aufmerksam machen, daß durch Betriebseinschränkung und durch Aufhebung einer Werkstatt hier viele Arbeitslose vorhanden sind, und bitten wir deshalb, Frankfurt am Main nicht zu überlaufen.

Graudenz. In der Tischlerei Polakowski herrschen seit längerer Zeit miserable Zustände. Es ist uns in letzter Zeit gelungen, die Kollegen dem Verbande anzuführen, und nun sucht sie der Werkmeister Besson auf alle Art und Weise zu schikanieren. Einige Kollegen hat er schon herausgezerrt. Um "Graudenzer Geselligen" sucht nun diese Firma zehn Möbelstücke, natürlich von außerhalb, herauszuladen. Wir bitten die Kollegen, die etwa hier in Arbeit treten wollen, diese Werkstätte im Interesse ihrer eigenen Gesundheit zu meiden, da der Lohn, der hier verdient wird, nicht einmal zum Gotteslob reicht. Die Kollegen, die hier zu reisen, bitten wir, sich erst bei der Volksverwaltung zu melden.

Steinach (G.-W.). Endlich, nach eifriger Agitation einiger Coburger Kollegen, ist es gelungen, auch in Steinach eine Bahnhofsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu gründen, und ist zu hoffen, daß dieselbe auch von Dauer sein wird. In unserer wunderschönen, romantischen Gegend ist es auch höchst notwendig, daß die Kollegen sich aus ihrer lethargie aufraffen, um auch für sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Auch hier kann man die Wichtigkeit des Sahes beobachten: Je länger die Arbeit, desto kürzer der Lohn. Denn Wochenlöhne für verhältnismäßig Kollegen von 16 bis 17 Pf. bei 64stündiger Arbeitszeit sind ordnungsgemäß. Kommt ein Kollege einmal auf 32 Pf. die Stunde, so ist es schon viel; ein Stundenlohn von 35 Pf. wird aber von den hiesigen Kollegen als sehr hoher Lohn betrachtet. Ledige erhalten 18 bis 25 Pf. Man sollte nicht glauben, daß die übergroße Mehrzahl der hiesigen Kollegen (von über 200 hier Beschäftigten gehörten 41 der Organisation an) in dieser politisch vorgeschriften Gegend gewerkschaftlich noch so weit zurückstehen. Doch werden die hiesigen Kollegen in der Agitation nicht erfahren, bis auch der letzte Holzarbeiter dem Verbande angeführt ist. Am Bierisch und Karlskirch sind die hiesigen Kollegen angutrefft, daß man glauben könnte, sie wollen jede Erkenntnis ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage durch Alkoholgenuss existieren. Kollegen! Das darf so nicht weiter gehen. Wollt ihr, daß auch ihr aus eurer gedrückten Lage befreit werdet, so schließt euch alle, Mann für Mann, dem Deutschen Holzarbeiterverbande an, denn ihr alle habt den Anspruch auf eine anständige Lebenshaltung. Auch an die Kollegen im benachbarten Hämmerling ergeht dieselbe Aufforderung. — Am Sonntag, den 8. Januar 1911, werden die hiesigen Kollegen einen Ausflug nach Coburg zur Beteiligung an der Generalversammlung unserer dortigen Kollegen unternehmen und bitten wir um zahlreiche Beteiligung; auch die Kollegen aus Hämmerling sind dazu eingeladen. Abfahrt 12.54 Uhr. Unsere Generalversammlung findet voraussichtlich am 15. Januar statt, wozu die Kollegen aus Coburg eintreffen werden.

Wassungen. In den Reihen unserer Kollegen herrscht große Laune, die sich am fühlbarsten in unseren Versammlungen macht. Die Volksverwaltung hat die Kollegen persönlich zur letzten Versammlung eingeladen, doch sind nur wenige der Einladung gefolgt. Der Versammlungsbesuch muß besser werden, wenn wir uns andere Verhältnisse schaffen wollen. Nur durch engen Zusammenschluß können wir etwas erreichen. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, die Versammlungen pünktlich und regelmäßig zu besuchen. Es genügt nicht, in der Werkstatt über die Arbeitsverhältnisse zu zettern, sondern auch in den Versammlungen muß man sich darüber aussprechen, damit es ein jeder Kollege zu hören bekommt, unter welchen Verhältnissen wir arbeiten müssen. So kann und darf es nicht weitergehen, darum frisch ans Werk zur Förderung unserer Interessen.

Sterbetafel.

- Joseph Althaus,** Würstlemecher, 38 Jahre alt, gest. 5. November 1910 zu Weinheim.
- Paul Bünker,** Maschinenarbeiter, 37 Jahre alt, gest. 27. November 1910 zu Hammelburg.
- Anna Schunk,** Kleistoffarbeiterin, 25 Jahre alt, gest. 30. November 1910 zu Nürnberg.
- Karl Werubt,** Tischler, 38 Jahre alt, gest. 22. Oktober 1910 zu Meißen.
- Oskar Six,** Stochmacher, 37 Jahre alt, gest. 12. November 1910 zu Weissen (Schwindsucht).
- Anton Behrens,** gest. 14. November 1910 zu Coblenz (Unfall).
- Wilhelm Kienle,** Tischler, 25 Jahre alt, gest. 4. Dezember 1910 zu Stuttgart (Lungenleiden).
- Rudolf Heiber,** Maschinenarbeiter, 41 Jahre alt, gest. 21. November 1910 zu Wolsnitz (Herzschlag).
- Gustav Biegler,** Tischler, 23 Jahre alt, gest. 26. November 1910 zu Mölln.
- Franz Cellerius,** Modellschreiner, 40 Jahre alt, gest. 5. Dezember 1910 in Braunschweig. (Verlustschlag).
- Johann Eupiel,** Tischler, 58 Jahre alt, gest. 10. November 1910 zu Elberfeld (Magenkrebs).
- Eduard Neuschäfer,** Tischler, 38 Jahre alt, gest. 4. November 1910 zu Elberfeld (Unfall).
- Gustav Hösel,** Tischler, 57 Jahre alt, gest. 7. November 1910 zu Elberfeld (Unfall).

- Viktor Unger,** Polierer, 30 Jahre alt, gest. 11. Dezember 1910 zu Wildenfels (Schwindsucht).
- Anna Krässel,** Würstlemecherin, 33 Jahre alt, gest. 9. Dezember 1910 zu Nürnberg.
- Johann Dotterweich,** Würstlemecher, 21 Jahre alt, gest. 9. Dezember 1910 zu Nürnberg.
- Johann Christmann,** Kutschner, 44 Jahre alt, gest. 17. November 1910 zu Magdeburg (Lungen-Schwindsucht).

- Karl Richter,** Tischler, 58 Jahre alt, gest. 9. November 1910 zu Magdeburg (Schlaganfall).

- Ernst Waller,** Würstlemecher, 60 Jahre alt, gest. 11. Dezember 1910 zu Magdeburg (Wasserfucht).

- Johann Wentz,** Korbmacher, 67 Jahre alt, gest. 20. Dezember 1910 zu Geesthacht (Schlaganfall).

- Martin Helmert,** Maschinenarbeiter, 30 Jahre alt, gest. 8. August 1910 zu Neuhausen (Lungen-Schwindsucht).

- Hugo Richter,** Polierer, 37 Jahre alt, gest. 5. Oktober 1910 zu Neuhausen (Schlaganfall).

Gedenken

Die Ortsverwaltungen.

ausschuß neu geregelt. Für Überstunden werden 25 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 30 Proz. Zuschlag geahnt. Am 10. Dezember konnten 15 Mann die Arbeit aufnehmen, die übrigen sollten in aller 14 Tagen eingestellt sein. Die Firma glaubt nun durch ein Hintertürchen uns eine Rose zu drehen, indem sie frische Leute einstellt. So lange über unsere Leute nicht alle eingestellt sind werden wir auf den Posten sein und bitten deshalb nach wie vor den Zugang nach Heilbronn streng fernzuhalten.

In Kaiserslautern stehen die Baumschreiner der Firma Edel immer noch im Streit. In letzter Zeit sind einige Kollegen wegen Verletzungen von Blattlätttern, andere wegen angeblicher Bekleidung von Streitbrechern zu geringeren Strafen verurteilt. Doch dies kann die Ausdauer der Streitenden nicht beeinflussen, die Streitenden sind nicht einmal gegen das Mitteld empfänglich, das ein Anonymus ihnen in einem hiesigen Volksblatt widmet. Der gute Mann vergleicht Jahren, daß die armen Streitenden bei Wind und Wetter Posten stehen müssen. Nun, Herr Edel hätte es ja in der Hand, dem abzuholen, wenn er sich nur etwas entgegenkommender zeigen wollte. Bis dahin aber werden die Streitenden unverdrossen ihre Pflicht erfüllen.

In Mühlhausen i. E. ist in der letzten Woche eine Wendung im Stande des Streits nicht eingetreten. Unsere Kollegen sind trotz zwölftägiger Dauer des Kampfes voll und ganz auf dem Posten und rechnen sicher darauf, daß der Streit zu unseren Gunsten ausfällt, zumal auch im Lager der Unternehmer Stimmen laut werden, die auf baldigen Abschluß der Bewegung drängen.

In München hat nun auch das jüngste Glied unserer Zahlstelle, die Sektion der Schirmmacher die erste Lohnbewegung unter den Bildigen unseres Verbandes hinter sich. In der Süddeutschen Schirmfabrik F. Weder kam der aus dem Jahre 1908 stammende Tarifvertrag infolge unserer Kündigung zum Abschluß. Die Fabrik beschäftigt 5 Arbeiter und 42 Arbeiterinnen. Bei den geprägten Verhandlungen erklärte sich die Firma zu Lohnaufbesserungen bereit, die für die männlichen Kollegen 6,0 Proz., für die Kolleginnen 8,2 Proz. ausmachen werden. Der neue Tarifvertrag umfaßt 105 Positionen und gilt auch für die Geharbeiter. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 58½ Stunden pro Woche. Der Tarifvertrag gilt bis 1. Januar 1914. Dieser Erfolg dürfte insbesondere den Arbeitern der Schirmbranche zeigen, daß der Verband das beste Mittel ist, ihre Lebenshaltung zu verbessern. — Mit der Vergolder in der Fabrik Barth u. Co. ist auf deren Wunsch schon jetzt ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, trotzdem der Bestehende noch bis 1. Mai 1911 läuft. Die Arbeitszeit wurde dabei von 58 auf 52 Stunden herabgesetzt. Die Stundenlöhne steigen um 5 Pf. der Mindestlohn erhöht sich dementsprechend auf 55 Pf. Die Firma beschäftigt 50 Kollegen.

In Neu-Jenning dauerst der Streit bei der Firma M. W. Wittich Nach. unverändert fort. Die Arbeitswilligen werden von Herrn Wittich behütet wie sein Augapfel. Bank und Streit ist unter ihnen schon ausgetragen. Das ist auch kein Wunder, denn den ganzen Tag eingesperrt, schlafen und essen in der Fabrik, und das bei solchen Elementen. Auf eine Art muß es doch zum Ausbruch kommen. Herr Wittich und sein Werkführer Fleckenhaar werden bei diesen Menschen doch schon viel gelernt und manche bittere Erfahrung verschlüsselt haben. Vielleicht ist es eine gute Lehre für beide Herren. Die Streitenden werden aushalten, bis Herr Wittich seinem Herrenstandpunkt einer tüchtigen Revision unterzogen hat.

In Nossau ist die Streitlage in der Waggonfabrik noch ziemlich unverändert. Die Fabrikleitung hat ein Interat vom Stapel gelassen, worin die Streitenden erwartet werden, sich wieder einzeln zur Arbeit zu melden, da ihre Pläne sonst von Zugereisten besetzt werden könnten. Um den Eindruck zu erhöhen, mußte natürlich ein Automobil einen ganzen Tag lang zwischen Fabrik und Bahnhof hin und her fahren. Man wollte damit wohl die Bureauden gleich in Empfang nehmen, die — nicht kamen. Die vorhandenen Arbeitswilligen sind in der Fabrik eingeschlossen und werden dort verpflegt.

Ausland.

In Linz a. d. (Oberösterreich) befinden sich die Kollegen in der Möbelfabrik von J. M. Müller im Ausland. Der Fabrikant ist bestrebt, die Organisation der Arbeiter in seinem Betrieb zu vernichten. Da angunehm ist, daß er sich auch nach Deutschland wenden wird um Arbeitswillige anzutreiben, wird gebeten, den Zugang von Tischler, Drechsler und Bildhauer fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Händelsrichtige Unternehmer.

Es gibt unter den Unternehmern manche Herren, denen es nicht wohl ist, wenn sie nicht von Zeit zu Zeit eine Differenz mit der Gewerkschaft haben. Die Tarifverträge haben ja eigentlich den Zweck, solchen Differenzen vorzubeugen, für einen richtigen Streithahn sind sie jedoch ein Mittel, erst recht Monopolie herauszubeschwören. Zu diesen händelsrichtigen Leuten gehört offenbar der Schreinermesler F. Knöllinger in Nürnberg, der unter den dortigen Holzindustriellen eine einflußreiche Rolle spielt. Er ist zweiter Vorsitzender des Verbandes der Holzindustriellen in Nürnberg, Mitglied des Zentralvorstandes des Arbeitgeberverbands für das deutsche Holzgewerbe, Vorsitzender der vertraglich vorgesehenen Schlichtungskommission in Nürnberg, alles Stellungen, die ihn ganz besonders verpflichten müßten, peinlich auf die Einhaltung des Vertrages bedacht zu sein. Herr Knöllinger faßt aber sein Amt anders auf; er meint es seiner Organisation schuldig zu sein, Differenzen mit dem Holzarbeiterverband zu suchen, um so seinen Kollegen die Wichtigkeit und Bedeutung seiner Person zu demonstrieren.

Der Anlaß zu dem Konflikt, den Herr Knöllinger herausbeschworen hat, ist so kleinlich, daß man es eigentlich kaum verstehen kann, daß der Gegenstand die Ursache von Differenzen sein kann. Nachdem bis vor kurzem die im Tarif vorgesehene Bauzulage anstandslos von

Knöllinger sowohl wie von den übrigen Meistern gezahlt worden war, weigert sich Herr Knöllinger plötzlich, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen. Er hat im Wortlaut des Vertrages eine Stelle entdeckt, die ihm, da er anscheinend mit den Regeln der deutschen Sprache nicht recht vertraut ist, gehegt scheint, einen Haken einzuschlagen. Um Vertrags werden in einem Absatz mit der Überschrift: "Bauzulage wird bezahlt" die Fälle handelt gemacht, in welchen eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde zu gewähren ist. Dann folgt ein Absatz mit der Überschrift: "Bauzulage wird nicht bezahlt", der folgendermaßen beginnt: "Beim Liefern und Aufstellen von Möbeln, wenn der Zeitaufwand fünf Stunden nicht überschreitet, beim Aufstellen, Packieren, Herrichten und bei sonstigen Montagearbeiten an alten Möbeln". Der weitere Wortlaut des Absatzes kommt hier nicht mehr in Betracht. Die zitierten Worte besagen für jeden, der lesen kann, daß beim Liefern und Aufstellen von Möbeln die sogenannte Bauzulage zu bezahlen ist, wenn diese Arbeit mehr als fünf Stunden in Anspruch nimmt, daß aber die Zulage in Fortfall kommt, wenn der Zeitaufwand für das Liefern und Aufstellen der Möbel weniger als fünf Stunden beträgt. So ist auch die Vertragsstelle bisher allgemein verstanden worden.

Nun kommt aber Herr Knöllinger und behauptet, mit den in Frage kommenden Wörtern sei gesagt, daß die Bauzulage in allen Fällen nicht bezahlt wird, in welchen die Arbeit außerhalb der Werkstatt weniger als fünf Stunden dauert. Und nicht genug damit, daß der Vorsthende der Schlichtungskommission, dem die Überwachung des Vertrages obliegt, diesen schnöde brecht, er heißt auch die übrigen Unternehmer auf, seinem schlechten Beispiel zu folgen. Ja, der Verband der Holzindustriellen in Nürnberg fasst einen Beschluß, der seine Mitglieder zum Vertragsbruch verpflichtet. Am 5. Dezember beschäftigte sich die Schlichtungskommission mit der Frage, weil die Firma Fleischhauer auf Beschluß des Schuhverbandes die Auszahlung der Bauzulage verweigerte, mit der Begründung, daß die Arbeit, die an sich auslagungspflichtig ist, nur vier oder 4½ Stunden in Anspruch nehme. Zu einer Entscheidung kam es nicht, vielmehr erklärte der Vorsthende Knöllinger, er wolle die Angelegenheit erst der Vollversammlung des Arbeitgeberverbundes Begirf Nürnberg vortragen. Nebenbei bemerkt, eine merkwürdige Gevlogenheit, Fragen, über welche sich die Schlichtungskommission nicht einigen kann, der Entscheidung der Mitgliederversammlung der einen Partei zu unterbreiten.

Bei dieser Lage der Dinge haben auch unsere Kollegen zu den Vorkommnissen Stellung genommen und noch einmal beschlossen, daß auf die strengste Einhaltung des Vertrages zu achten ist. Da der Vorsthende der Schlichtungskommission, Herr Knöllinger, nicht nur die Zahlung der vertraglichen Bauzulage verweigert, sondern auch den tariflichen Mindestlohn nicht zahlt, haben ihm seine Arbeiter erklärt, daß sie gern bereit seien, weiter zu arbeiten, wenn er den Vertrag respektiert, daß sie aber so lange pausieren müssten, bis er sich dazu entschließt. Dementsprechend wurde auch gehandelt. Inzwischen ist unserer Zahnstellenberatung der Beschluß des Arbeitgeberverbundes, Begirf Nürnberg, zugegangen. Aus demselben geht hervor, daß Herrn Fleischhauer die Geschichte zu dumm geworden ist. Er hatte schon vorher zu erkennen gegeben, daß er das Possenspiel nur unter dem Zwange seiner Organisation mitmachte. Jetzt scheint ihm der Verbandsverband die Zahlung des strittigen Betrages gestattet zu haben, so daß der Fall erledigt ist. Dagegen heißt es in dem Schreiben dann weiter: „Im Falle Knöllinger verneint der Bezirksverband die Berechtigung der Bauzulageforderung.“ Diese Sache soll nun den Zentralvorständen zur Entscheidung überwiesen werden.

Wir haben den Fall so ausführlich geschildert, weil er zeigt, wie es Unternehmer, die es auf die Gründung von Unfrieden abgesehen haben, verstehen, aus einer Lappalie eine Staatslösung zu machen. Der Gehalt des Streitobjekts ist, wie man sich leicht nachrechnen kann, lächerlich gering. An und für sich kommt es doch nicht gerade sehr häufig vor, daß ein Arbeiter nur für wenige Stunden in den Bau eingesetzt wird. Dauert die Arbeit länger als fünf Stunden, dann soll die Zulage geajtzt werden, nur bei fünf Stunden und weniger soll sie in Fortfall kommen. Es kann sich also im Einzelfall um höchstens 25 Pf. handeln. Für unsere Kollegen allerdings hat die Frage prinzipsielle Bedeutung. Für ihre Auffassung spricht nicht nur der Wortlaut des Vertrages, sondern auch die Tatsache, daß er bisher von den Unternehmern ebenso verstanden wurde, wie von ihnen. Der Versuch des Herrn Knöllinger, seine Auslegungskunst zu beweisen, ist ein eklatanter Verirrung, und in diesen Dingen dürfen unsere Kollegen keinen Spaß verstehen. Da muß sofort, auch bei den geringsten Fällen, mit der größten Entschiedenheit vorgegangen werden. Die Unternehmer neigen ohnehin leicht zu Vertragsverletzungen, sieht man ihnen da durch die Finger, dann sind wir halb so weit, daß der Vertrag nur noch auf dem Papier steht. Die Nürnberger Kollegen haben also unserer Meinung nach durchaus korrekt gehandelt, und wir zweifeln nicht daran, daß ihnen das auch von den Zentralvorständen bestätigt werden wird.

Schwer belehrbar ist der Hirsch-Dünker, „Mitteldeutsche Kurier“, dem wir in unserer Nr. 43 nachgewiesen haben, daß er mit seinem Versuch, in den Tabellen unseres Jahrbuches Unstimmigkeiten und Fehler zu entdecken, auf dem Holzweg war. Aber das liegt nicht an uns; ein Mensch mit normalen Sinnen kann unsere Auseinandersetzung ohne große Mühe begreifen. Nicht so der „Mittel-

deutsche Kurier“, der in seiner Nummer 51 noch einmal auf die Sache zurückkommt. Er philosophiert über die Verträge „Streit, Kosten“ und „Streit, Unterstützung“, indem er es darstellt, als ob wir, um regebewußt zu verlusten, zwischen diesen Begriffen einen Unterschied gemacht hätten. Das ist jedoch eine reizende Entwicklung des Hirsch-Dünkerschen Blättchen; außer ihm hat wohl niemand so etwas aus unserem Artikel herangesezen. Denn was uns da unterschoben wird, steht eben nicht darin. Wir haben im übrigen voreast sein Bedürfnis, die Diskussion über den Gegenstand fortzuführen. Sollten jedoch die Freunde den Drang nicht unterdrücken können, die Abrechnungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes nach Fehlern zu durchsuchen, was nebenbei bemerkt eine recht undankbare Aufgabe ist, dann sollten sie es nicht unterlassen, die Leistungsfähigkeit über ihre eigene Geschäfts- und Klassendarstellung in ähnlicher Weise zu unterrichten, wie es der Deutsche Holzarbeiterverband tut. Den Hirschen, deren Mechanismus eben das Nicht der Leistungsfähigkeit so wenig vertragen kann, steht es wohl an, sich die Freiheit der Abrechnung anderer Organisationen zu verteidigen, zumal solche wie die unseres Verbandes, die auch froh heißen Bemühen keine Angreifflächen bietet.

Gewerkschaftliches.

Klassenjustitia hüben wie drüber. Der Generalstreit der französischen Eisenbahner, der vor einigen Wochen das ganze Erwerbsleben Frankreichs für kurze Zeit zum Stillstand brachte, hat bei der Bourgeoisie eine starke Erbitterung gegen die Arbeiterschaft wachgerufen. Von der Regierung wurde ein Gesetzentwurf vorbereitet, der das Streitrecht der Eisenbahner bezeitigen soll, und auf ihre Anweisung gehen die Gerichte mit außerordentlicher Strenge gegen die Gewerkschaften und ihre Führer vor. Aus dieser arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Stimmung des Bürgertums, die ja auch in Deutschland nicht unbekannt ist, erklärt sich das ungerechte Bluturteil, welches am 25. November vom Schiedsgericht zu Rouen gegen den Sekretär der Gewerkschaft der Kohlenarbeiter Durand und drei weitere Angeklagte gefällt wurde.

Bei einem Streit der Kanarbeiter in Havre aufgang September kam es zwischen dem Streikbrecher Dongé, der angekommen war, und einigen gleichfalls verbrunkenen Streikenden zu einer Schlägerei, bei welcher der Streikbrecher tödliche Verlebungen erhielt. Es wurde Anklage auf Mord erhoben und Durand unter Anklage gestellt, obwohl er an dem Vorfall in seiner Weise beteiligt war. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er in einer Versammlung der Streikenden über einen Antrag, durch welchen Dongé zum Tode verurteilt wurde, hätte abstimmen lassen. Ein Beweis für diese Behauptung konnte nicht erbracht werden. Dagegen wurde von einer Reihe von Zeugen bestätigt, daß Durand, der selbst Abstinent ist, in jener Versammlung sehr massiv gesprochen habe. Trotzdem bejahten die fanatisierten Spieler, die als Geschworene fungierten, die Schulfrage, worauf Durand zu Tode, ein anderer Angeklagter zu 15 Jahren, zwei weitere zu je acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Dieses Urteil hat unter der französischen Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Im ganzen Lande finden Protestversammlungen statt, in welchen der Generalstreit angelaufen wird, wenn nicht die Aushebung des Urteils erfolgt. Diesem allgemeinen Protest gegen das Mordurteil hat sich sogar die Witwe des gefolterten Streikbrechers angeschlossen, die in einem Brief an den Verteidiger des Verurteilten schreibt:

Nach Beendigung der Klagenverhandlung fühlte ich mich gedrängt, mich denen anzuschließen, die gegen das Urteil protestieren. Ich habe während der Verhandlung mich als Privatbeteiligte darauf beschränkt, das Recht meiner Kinder, der Tochter des an meinem unglücklichen Mann begangenen Todesfalls, zu verteidigen und es mir versagt, auch nur die geringste Beschuldigung gegen jemanden zu erheben. Aber ich möchte keinen Anteil an der Verurteilung Durands zum Tode haben, die um so unbegreiflicher ist, als er wohl gleich anderen, die tödlich geblieben sind, unbedeckte Worte geäußert, aber doch nicht selbst Gewalt geübt hat. Ich bin selbst Arbeiter und wünsche das Gnadengebot für Durand zu unterzeichnen. Es wäre mir ein Trost in meinem Unglück, zu hoffen, daß alle Welt verstehen wird, daß ich, indem ich für meine Töchter vor dem Gericht pflichtgemäß Erschöpfungsprüfung stellte, doch auch die Pflicht empfand, nicht zu vergessen, daß ich selbst der Welt der Arbeiter angehöre, die ja mühelos um ein Stückchen Brot mehr und um etwas harte Behandlung weniger ringen.“

Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Arbeiter mit ihren Sympathien rücksichtslos auf Seiten des unschuldig verurteilten Gewerkschaftsführers stehen und der Protestbewegung der französischen Arbeiter den vollsten Erfolg wünschen. Diesen Gefühlen gibt das nachstehende Schreiben Ausdruck, welches die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an die Confédération Générale du Travail, die Zentralstelle der französischen Gewerkschaften, gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

Die C. G. D. hat aus der Arbeiterpresse Frankreichs und aus dem Berichte der C. G. D. Kenntnis genommen von dem Urteil der Zürich des Seinedepartements gegen den Genossen Durand, das in bisher noch nicht erreichter Weise die Klassenjustiz zum Ausdruck bringt. Sie hat auch Kenntnis genommen von dem Protest der organisierten Arbeiterschaft Frankreichs gegen dies unerhörte Urteil.

Sie schließt sich im Namen der von ihr vertretenen organisierten Arbeiterschaft Deutschlands aus vollem Herzen und in vollster Überzeugung diesem Proteste an. Sie kann dies um so mehr tun, als auch in Deutschland mehr als bisher der Versuch gemacht wird, die Leiter der Gewerkschaften für einzelne bei Streiks zu verantwortliche verurteilungswürdige Vorkommnisse verantwortlich zu machen. Frankreich gilt bis zu dem Tage des Urteils von Rouen als das Land, in welchem die Richter nach den erwiesenen Straftaten des Angeklagten und nicht im Interesse der Unternehmer, welche die Arbeiter zum Streit zwangen, urteilten. Wird das Urteil

von Rouen aufrechterhalten, so wird dieses Renommee Frankreichs nicht nur verloren sein, sondern in allen anderen Ländern wird man bei der Begründung von Strafmaßnahmen gegen Streikende und gegen die Gewerkschaften auf das Beispiel verweisen, das die Richter im republikanischen Frankreich gegeben haben. Deswegen muß und wird auch die Arbeiterschaft Deutschlands Protest dagegen erheben, daß die Richter sich vollständig in den Dienst des Unternehmers stellen und durch Urteile, wie das von Rouen, die Arbeit zu behindern suchen, durch Einstellung der Arbeit höheren Lohn und längere Arbeitszeit zu erlämpfen und sich einen größeren Anteil an dem Ertrage der von ihnen geleisteten Arbeit zu sichern.

Die Arbeiter Deutschlands werden sich in ihrer Presse und in Versammlungen diesem Protest anschließen, den wir in vollem Einverständnis mit den uns angeschlossenen Organisationen erheben.

Wir versichern die Gewerkschaften Frankreichs unserer vollsten Sympathie und sind überzeugt, daß sie die gegenwärtige Reaktionsperiode nicht nur überdauern werden, sondern, nach ihrer Überwindung, der Arbeiterschaft im wirtschaftlichen und politischen Kampfe den vollen Sieg erringen helfen.“

Mit brüderlichen Grüßen

Die Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands.“

Die Geschworenen, die das Schuldig gegen Durand aussprachen, waren sich offenbar über die Folgen ihres Spruches nicht klar, denn sie erklärten sich, als das Todesurteil gefällt war, sofort bereit, ein Gnadengebot zu unterzeichnen. Aber sowohl der bürgerliche Bürgermeister und der bürgerliche Abgeordnete von Havre ebenso wie der Polizeipräsident für die Unschuld Durands einzutreten, und dieser selbst Revision gegen das Urteil eingezogen hat, besah der ehemalige Sozialist und Generalstreiter Durand, der jetzt an der Spitze der französischen Regierung steht, die Persönlichkeit, den Verurteilten in die Falle der zum Tode verurteilten Mörder sperren zu lassen.

Nunmehr hat der Cassationshof die Revision Durands verworfen, das Bluturteil ist also rechtskräftig. Es ist zwar kaum anzunehmen, daß die französische Regierung ihre Bosheit so weit treiben wird, es vollstrecken zu lassen, aber mit dem üblichen Gnadenfall wird sich die französische Arbeiterschaft nicht aufreden geben. Durand ist überhaupt schuldlos und die Aktion der Arbeitler ist darauf gerichtet, ihn nicht nur der Guillotine, sondern auch dem Kerker zu entziehen. Dieses Ziel zu erreichen, wird sie sein Mittel unverzagt lassen.

In der Pforzheimer Eisenmetallindustrie tobte gegenwärtig ein Lohnkampf, der für das ganze dortige Wirtschaftsgebiet recht schwierige Folgen nach sich ziehen kann. Pforzheim ist neben Hanau der Sitz der bedeutendsten Gold- und Bijouteriewarenfabriken Deutschlands. Die dort beschäftigte Arbeiterschaft wohnt zu einem großen Teil in den etwa 70 Ortschaften der Umgebung, vor allem auch in dem württembergischen Oberamt Neuenbürg. Die Kettenarbeiter und Arbeiterinnen gehörten nun seither zu den schlechtest entlohten Branchen der Schnauzwarenindustrie und hatten besonders unter den von Fabrik zu Fabrik wechselnden Akkordpreisen und dem noch stärker wechselnden Beschäftigungsgrad zu leiden. Diese Branche forderte deshalb im September dieses Jahres von den Fabrikanten einen einheitlichen Akkordtarif und eine Aussprache über die Möglichkeit gleichmäßigerer Beschäftigung. Die Fabrikanten aber lehnten in ihrer Antwort jede mündliche Verhandlung und auch die Forderungen ab. Als dann der Streit der Kettenbranche unvermeidlich war, drohten die Unternehmer mit der Aussperrung aller im Metallarbeiterverband Organisierten. Dieser tat ihnen jedoch zuvor, indem er die Parole ausgab, die Organisationszugehörigkeit dem unfragen Fabrikanten gegenüber zu verleugnen. Damit war die Unternehmermaßregel gegenstandslos geworden und der Arbeitgeberbund für Pforzheim, dem sich die Schnauzwarenfabrikanten verschrieben haben, beschloß, daß die Goldwarenfabriken von Anfang Dezember bis 2. Januar 1911 alle Arbeiter auszusperren lassen sollen. Von dieser Aussperrung sind nun einschließlich der Streikenden etwa 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen worden. Um die dadurch entstehende Schädigung für die Pforzheimer Geschäftswelt zu vermindern, hat die badische Regierung den kämpfenden Parteien ihre Vermittlung angeboten. Während die Arbeiter sich sofort zu Verhandlungen bereit erklärten, lehnten die Fabrikanten kurz ab, weil die Zeit dazu noch nicht gekommen sei. Die Regierung hat nun ihren Versuch wiederholt und einen Schiedsspruch angeboten. Die Erfahrungen der Parteien stehen zurzeit noch aus.

Das Ende der Aussperrung in Schweden. Der Norden, den die schwedischen Arbeiter im vorigen Jahre geprägt haben und der mehrere Monate hindurch alle Welt in Aufregung gehalten hat, ist, nachdem er seit etwa einem Jahre faktisch als beendet gelten konnte, nunmehr auch formal aufgehoben worden. Am 20. November hat der schwedische Arbeitgeberverein die Aufhebung aller noch bestehenden Aussperrungen angeordnet. Damit ist die Wahl freigemacht für die Friedensverhandlungen, die wohl demnächst beginnen werden. Nachdem die Aussperrung in der Eisenhüttenindustrie, schon am 13. November 1909 aufgehoben war, gilt der neueliche Beschluß für folgende Berufszweige: Herrenkonfektion, Papierfabrikation und Holzfärberei, Web- und Weberei, Tägelmühlenindustrie und Textilindustrie.

In diesen Industriezweigen halten die Unternehmer im vorigen Jahre die Wiederaufnahme der Arbeit davon abhängig, gemacht, daß die Arbeiter den Austritt aus der Organisation erklären. Die Gewerkschaftsleitungen haben damals ihren Mitgliedern das Unterschreiben des Abtritts empfohlen, da sie außerstande waren, die Unterstützungen weiter zu gewähren. Tatsächlich sind aber viele Arbeiter trotz der abgegebenen Erklärung ihrer Organisation treu geblieben. Das Verlangen der Unternehmerorganisation, mit der Landesorganisation der Arbeiter über eine „Verhandlungsaordnung“ zu unterhandeln, wurde jedoch abgelehnt, solange die Aussperrung nicht aufgehoben war. Die

Unternehmer hingegen erklärten die Anerkennung der von ihnen vorgelegten Verhandlungsordnung als Vorbedingung für die Aushebung der Aussperrung.

Nunmehr haben die Unternehmer auf ihre Bedingung verzichtet. Als Grund hierfür hat der Direktor des Arbeitgeberverbandes v. Sydow in einem Interview erklärt, daß der Zweck der Aussperrung, die Schwächung der Landesarbeitsorganisation, nun erreicht sei. Diese Schwächung ist ja tatsächlich eingetreten, und zwar infolge der herrschenden Wirtschaftskrise und die durch den Terrorismus der Unternehmer bewirkte Auswanderung der Arbeiter, die einen bedeutenden Umfang angenommen hat. Dach auch die von den Unternehmern erwirkten Ausschlußserklärungen von Einfluß auf die Mitgliederzahl der Gewerkschaften waren, kann nicht bestritten werden, wenn auch viele Arbeiter trotz der abgegebenen Erklärung ihre Mitgliedschaft beibehalten. Über mit der Schwächung der Gewerkschaften und der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands haben sich die Unternehmer ins eigene Fleisch geschnitten. Sie streben den Abschluß von Reichtätskassen an, dazu brauchen sie aber die Gewerkschaften notwendig als Kontrahenten. Der wahre Zweck

der Aufrechterhaltung der Aussperrung war aber, wie in der schwedischen Arbeitgeberpresse zugestanden wird, nicht sowohl die Schwächung der Gewerkschaften, sie sollten vielmehr durch diese Maßnahme gezwungen werden, die Friedensbedingungen der Unternehmer anzuerkennen. Dieses Ziel hat der Arbeitgeberverband nicht erreicht. Er hat den Kampf bedingungslos aufgeben müssen.

Das Stockholmer Parteiblatt "Sozialdemokraten" urteilt über den nunmehr beendeten Kampf folgendermaßen: "Es ist wahr, daß die Arbeiterklasse in diesem Kriegskampfe nicht den so ehrlich verdienten Sieg zu erringen vermochte, aber er gab ihr doch einen halben Sieg: gegenüber der Maserie der Arbeitgeber und vor allem gegenüber ihrem grausamen Plane, unsere Organisation zu zerschmettern. Die Opfer und Verluste der Arbeiter waren groß, aber eine Niederlage haben sie nicht erlitten." Dieser Urteil wird auch von den bürgerlichen Blättern Schwedens nicht widerstrichen. Wenn man sich vor Augen hält, daß der riesige Kampf von den Unternehmern vom Baune gebrochen wurde mit der Absicht, die Gewerkschaften zu vernichten, dann haben wir doppelt Ursache, mit dem Ergebnis zufrieden zu

sein. Der Arbeitgeberverband hat seine Kraft überschätzt, und er wird es sich künftig sehr überlegen, ehe er eine solche Machtprobe wiederholt.

Das Zentralgericht für das Baugewerbe, welches durch den im Sommer abgeschlossenen Tarifvertrag beschlossen wurde, aber bisher nicht ins Leben treten konnte, wird sich, wie der "Grundstein" meldet, in den nächsten Wochen konstituieren können. Die Konstituierung war bisher nicht möglich, weil man sich über die für das Schiedsgericht vorgesehenen drei Uppartelischen nicht einigen konnte. Jetzt hat nun der preußische Minister des Innern, nachdem er von den Parteien darum angegangen war, diese drei Herren erkannt. Es sind das die Herren Geheimrat Dr. Wiedfeldt Berlin, Magistratsrat Paul Wölling Berlin und Oberregierungsrat Max Maier-Münzen. In dem Schreiben des Ministers heißt es, daß Herrn Wiedfeldt "auf jederzeitigen Wideruf und in der Erwartung, daß seine Tätigkeit hierdurch nicht zu stark in Anspruch genommen wird, die gebotene Genehmigung erteilt". Dies Schreiben ist vom 15. Dezember datiert.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das dritte Quartal 1910.

Einnahme	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt		Ausgabe	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt		
	Mit.	Pf.	Mit.	Pf.	Mit.	Pf.		Mit.	Pf.	Mit.	Pf.			
Kassenbestand vom vorigen Quartal	2 805 917	05	822 225	60	2 088 142	74	Für Reiseunterstützung	81	—	85 074	94	85 185	94	
Beitrittsgehalt	15	—	6 409	80	6 424	80	" Arbeitslosenunterstützung	—	—	127 907	88	127 907	88	
Beiträge	8 586	25	1 068 554	60	1 072 140	75	" Streitunterstützung	—	—	418 525	27	418 525	27	
Extrabeiträge	4	25	29 201	07	29 205	82	" Krankenunterstützung	108	05	151 171	87	151 280	82	
Eins aus Kapitalien	80 916	77	—	—	80 916	77	" Gemahrgerechtenunterstützung	24	—	7 478	18	7 502	18	
Confitages	241	—	241	64	482	04	" Unterstützung in Sterbefällen	50	—	12 250	—	12 280	—	
Vom Verband der Schirmnächer beim Liebertritt	2 575	59	—	—	2 575	59	" Umzugunterstützung	1 070	25	10 884	81	11 960	56	
Guthaben der Volkskassen fürs 4. Quartal 1910	—	—	85 806	82	85 806	82	" Notfallunterstützung	—	—	2 715	—	2 715	—	
Zuschüsse aus der Hauptkasse	—	—	245 747	10	245 747	10	" Rechtschutz	—	—	8 887	16	8 887	16	
Von Zahlstellen eingezahlt	508 053	54	—	—	508 053	54	" Agitation	2 904	25	8 286	96	8 282	86	
							" an die Gauvorstände	87 081	65					
							" die Holzarbeiterzeitung	86 840	—					
							" " Gleichheit", "Oswiatu" u. "Operatio	1 840	77					
							" Italieno"	18 201	80					
							" Gehälter und Entschädigungen	—	—					
							" Druck, Buchbinderearbeiten, Marken und	4 429	70					
							" Stempel	214	85					
							" Schreib- und Packmaterial	8 861	68					
							" Porto	2 775	09					
							" Bureaubedarf und Dienstleistungen	995	—					
							" Sonstige Ausgaben	1 509	78	280	05	1 789	78	
							" Unlasten der Centralkommissionen	820	01	—	—	820	01	
							" Unlasten im Bankverkehr beim Anlauf von	8 852	10	—	—	8 852	10	
							" Anteil der Volkskassen an den Verbandsbeiträgen	—	—	179 126	70	179 126	70	
							" Guthaben der Volkskassen vom vorigen Quartal	—	—	12 654	40	12 654	40	
							" Beitrag an die Generalkommission für III. und IV. Quartal 1909 und I. Quartal 1910	15 572	—	—	—	15 572	—	
							" Kosten des Internationalen Kongresses	1 522	80	—	—	1 522	80	
							" Zu die Hauptkasse eingezahlt	—	—	508 053	54	508 053	54	
							" Von Zahlstellen gesandte Zuschüsse	245 747	19	—	—	245 747	19	
							" Bestand für nächstes Quartal	2 588 281	68	240 140	—	2 778 421	68	
								Summa	2 908 809	45	1 708 885	71	4 614 645	16

Am Schlusse des 3. Quartals 1910 gähnte der Verband 838 Zahlstellen, das sind 6 mehr als im voraufgegangenen Quartal und 20 mehr als am Schlusse des 3. Quartals 1909.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 161 291, davon waren 156 200 männliche, 4059 weibliche und 423 jugendliche Mitglieder. Gegen das 2. Quartal ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 2007, die der weiblichen um 470 und die der jugendlichen Mitglieder um 176 gestiegen. Gegenüber dem 3. Quartal 1909 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 798, die der weiblichen um 1828 und die der jugendlichen Mitglieder um 279 gestiegen. Die Gesamtzunahme beträgt gegenüber dem 3. Quartal 4558 und gegenüber dem 3. Quartal 1909 9885.

Von den größeren Zahlstellen hatten nachfolgende den belegten Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen: Bromberg 18, Danzig 88, Königsberg 30, Elsin 24, Breslau 20, Freiburg i. Sch. 20, Krakow 26, Liegnitz 26, Bösen 25, Schweidnitz 17, Berlin 1432, Eberswalde 18, Frankfurt a. O. 15, Landsberg 24, Rastenow 17, Niedorf 110, Spandau 21, Weißensee 66, Deutschneudorf 19, Döbeln 39, Dresden 21, Spandau 78, Geringswalde 83, Großröhrsdorf 18, Hartha 15, Oberhau 157, Pörlitz 44, Gladbeck 26, Chemnitz 102, Eilenburg 59, Gera 36, Lößnitz 198, Johannegeorgstadt 81, Leipzig 169, Schmölln 77, Zeitz 19, Eisenach 41, Frankenhausen 49, Jena 25, Waltershausen 17, Braunschweig 56, Halle 47, Magdeburg 67, Bremen 52, Flensburg 51, Hamburg 57, Garburg 17, Wilhelmshaven 49, Cassel 162, Hannover 87, Hildesheim 51, Minden 24, Dortmund 26, Duisburg 96, Elberfeld 17, Essen 20, Hagen 55, Köln 68, Schwerin 16, Coblenz 20, Hanau 42, Kaiserslautern 49, Saarbrücken 73, Bamberg 27, Nürnberg 152, Augsburg 21, München 18, Eglingen 87, Karlsruhe 116 (einschließlich 86 von der Zahlstelle Rastatt), Straßburg 38, Stuttgart 124, Ulm 82, Bussenhausen 17. Hingegen hatten nachfolgende Zahlstellen den belegten Mitgliederrückgang zu verzeichnen:

Stolp 85, Waldburg 39, Meißen 29, Nabbenau 17, Bernburg 21, Dessau 17, Halberstadt 41, Bremerhaven 44, Delmenhorst 18, Kiel 26, Osnabrück 17, Peine 23, Quakenbrück 26, Bonn 31, Darmstadt 22, Kelheim 33, Regensburg 24, Göppingen 16, Schweningen 31.

Neu aufgenommen wurden im 3. Quartal 12 419 (10 818 im 3. Quartal 1909) männliche, 833 (450) weibliche und 241 (27) jugendliche, zusammen 13 493 Mitglieder. Gegen das 2. Quartal sind dieses 1132 Aufnahmen weniger und gegen das 3. Quartal 1909 2698 Aufnahmen mehr.

Die Summe der vereinbarten Wochenbeiträge be- trug in diesem Quartal 1 072 140 Mit., im voraufgegan-

genen Quartal 865 851 Mit. und im 3. Quartal 1909 842 844 Mit.

Von den männlichen Mitgliedern wurden im 3. Quar tal 1 721 209 Beiträge à 60 Pf., 24 022 Beiträge à 55 Pf. und 26 157 Beiträge à 50 Pf., zusammen 1 771 988 Beiträge, von den weiblichen Mitgliedern 47 607 Beiträge und von den jugendlichen Mitgliedern 3585 Beiträge entrichtet. Hierunter entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 11,3 Beiträge, gleich 86,9 Proz. des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 10,2 Beiträge, gleich 78,5 Proz. des Vollbeitrages, und auf das einzelne jugendliche Mitglied 8,5 Beiträge, gleich 65,4 Proz. des Vollbeitrages.

Un Extrabeiträgen gingen im 3. Quartal 29 293 Mit. ein. Davon entfallen auf diejenigen Zahlstellen, welche nach dem Besluß des letzten Verbandsstages mehr als den Grundbeitrag an die Hauptkasse abliefern, 24 950 Mit., für restierende Extrabeiträge vom Jahre 1907 1873 Mit. und 2472 Mit. sind von einzelnen Zahlstellen als neue Extrabeiträge eingestellt.

Unter den Ausgaben des 3. Quartals steht die Streitunterstützung mit 418 525 Mit. (gegen 132 019 Mit. im 2. Quartal 1910 und 205 758 Mit. im 3. Quartal 1909) an der Spitze. Gegen das 2. Quartal ist dieselbe um 286 500 Mit. gleich 217,0 Proz. und gegen das 3. Quartal 1909 um 212 760 Mit. gleich 103,4 Proz. gestiegen. Von den übrigen Unterstützungen verhältnissen sich gegen das Vorjahr die Arbeitslosenunterstützung (108 481 Mit.) um 19 426 Mit. gleich 17,9 Proz. die Krankenunterstützung (181 676 Mit.) um 19 601 Mit. gleich 14,9 Proz. die Gemahregeltenunterstützung (7107 Mit.) um 395 Mit. gleich 5,5 Proz. die Unterstützung in Sterbefällen (9955 Mit.) um 2325 Mit. gleich 23,4 Proz. die Umzugunterstützung (10 861 Mit.) um 1099 Mit. gleich 10,1 Proz. und die Notfallunterstützung (1720 Mit.) um 995 Mit. gleich 57,8 Proz. Die Reiseunterstützung ist gegen das Vergleichsquartal des Vorjahrs (85 719 Mit.) um 584 Mit. gleich 1,6 Proz. zurückgegangen.

Von der Reiseunterstützung entfallen 4358 Mit. (8698 Mit. im Vorjahr) auf die Aufenthaltsunterstützung, welche an 3042 Empfänger gezahlt wurde, und zwar an 291 je für drei Tage, an 734 je für zwei Tage und an 2017 je für einen Tag. Hierunter entfallen auf die in Betracht kommenden Städte: Berlin 470, Breslau 29, Dresden 92, Hamburg 213, Köln 257, Leipzig 223, München 430, Bremen 111, Chemnitz 45, Düsseldorf 219, Elberfeld 67, Frankfurt a. M. 229, Halle 57, Hannover 160, Königsberg 1, Magdeburg 64, Nürnberg 140, Stettin 21, Straßburg 36 und Stuttgart 178 Empfänger.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Gesamt- einnahme von 1 177

Anzeigen.

Hamburg. Der paritätische Verdienstnachweis im 1. Oktober 1910 erhältlich und behält sich Hamburg, Wilmersdorfer Str. 41, für den gesuchtenen Vertrag bestellt vom Beauftragten 9 bis 1 Uhr. Telefon Gruppe 111, 4420 und Gruppe 1, 3719.

Düsseldorf. In das Holzleistungsbüro Hamburg, Königsallee, Wilhelmshöhe und Geisthof ist strengstens verboten. Die Einstellung der Vertragsbranche darf nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis erfolgen.

Würzburg. Dörfle, Werkzeugfabrik bei L. Säfert, Dörflestr. 9. Dauernde Auszahlung der Gehaltsleistung, abends 8 bis 1 Uhr.

Paris. Die Gewerkschaft der Holzarbeiter in Paris sieht sich veranlasst, folgende Anschreibungen zu geben: Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Arbeiter sein eigener Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so kommt keiner leerher, ohne daß vor Vorsorge gebracht zu haben.

Da ferner Paris mit Arbeitssuchenden immer überlaufen ist, muß den reisenden Kollegen dringend unterrichtet werden, sich genügend mit Geldmitteln zu versehen, um einige Zeit aufzuhalten, um nicht durch Hunger und Elend gezwungen zu sein, als Unbedeutender sich auszugeben zu lassen, wie dies leider nur zu oft der Fall ist.

Das ist um so dringender zu beachten, als auf Unterstützung seitens der Gewerkschaft nicht oder so gut wie nicht zu rechnen ist und das Leben relativ teuer ist. Niedergesetz sollte von allen nach hier kommenden Kollegen erwartet werden, daß sie sich an die der französischen Gewerkschaft der Tischler angeschlossene deutsche Sektion halten und ihre Pflicht und Ehre als gewerkschaftlich erogene Werbauer stets hochhalten.

Wir warnen alle Kollegen vor etwaigen in ausdrücklichen Befehlungen erscheinenden Abmonaten, in den Arbeitsschaltern gesucht werden.

Im Auftrage der Pariser Gewerkschaft der Tischler:
Die deutsche Sektion
Rue St. Bernhard No. 2, Faubourg St. Antoine, Esse
rue St. Bernhard nicht mehr: Chambre Syndicale,
Passage Rauch N. 3.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maßnahmenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Elsner, Herrenstr. 22, vorne zur Altkatholikenstr. strengstens verboten. Die Gehaltsleistung wird im Gewerkschaftshaus, Wilmersdorfer Str. 41, ausbezahlt. Ein Wochentag abends 7-8 Uhr, am Samstag und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Zentenroda, Arbeitsschalter, Höhstraße 59.

Umschauen strengstens verboten.

Fachblatt für Holzarbeiter

In die Zahlstellen-Bewilligungen richten wir das dringende Erfordernis, Bestellungen auf das Fachblatt bis spätestens den 8. jeden Monats einzusenden. Dieses gilt ganz besonders für den ersten Monat im Quartal. Unterbreicht die Bestellung, dann senden wir die bisherige Anzahl Fachblätter und stellen diese in Rechnung.

Für den Fall, daß ein Wechsel bei den Abreisen für die Zusendung der "Holzarbeiter-Zeitung" und des "Fachblatt für Holzarbeiter" eintritt, muß dieses besonders gemeldet werden. Diese Adressen und die der Volksverwaltungen sind nicht immer dieselben, wir bitten daher bei den Anmeldungen der Volksverwaltungen nicht einzutragen, daß auch die anderen Adressen zu ändern sind.

Die Expedition.

Zahlstelle Stettin.

Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge jetzt im „Volkshaus“, Gr. Oderstr. 18/20 befindet.

Tüchtigen Stockpolierer und guten Tischler suchen für sofort Starke & Weinrebe, Stockfabrik Dresden N., Industriestr. 28.

Tüchtiger Holzdrechsler, unverheiratet, sofort für dauernd gesucht.

Zahlstelle Lage in Lippe.

Ordnentlicher Hornschreiner sofort für dauernd gesucht.

Zitz & Deninger, Bophwinkel, Rheinl.
2 junge, tüchtige Korbmacher auf Großgeschäften sucht

Albert Pannenbeck, Calbe a. Elbe.

Sucht auf sofort einen jüngeren Korbmeister auf alte Bettdecken, Meise wird nach 4 Wochen vergütet.

August Hartmann, Herford i. Westf.

Rennstr. 46/48.

Gesucht sofort 5 bis 6 Korbmacher auf Mattarbeit (Pflanzenkorbe).

Chemische und Korbwaren-Fabriken
Bergkamen i. Holstein.
Anh.: Th. Schilling.

Gesucht 8 bis 10 Korbmacher auf Fischkorbe, H. Dötscher, Selschedt 6, Wulsdorf.

Für eine

Holzwarenfabrik

in Deutschböhmen wird ein

Betriebsleiter

für bald oder später gesucht, der laufmännisch gebildet, mit der Behandlung harter und weicher Holzer vertraut ist, gründliche Kenntnis des maschinellen Betriebes besitzt und besonders im modernen Polierverfahren zuhause ist. Alter 35-45 Jahre. Bewerber muß sich über Besuch einer Fachschule, sowie über längere Tätigkeit in ähnlichem Establiement als Leiter durch Zeugnisse ausweisen können.

Öfferten mit Gehaltsanträgen unter Chiffre „Lebensstellung 2592“ an die Ammonexpedition Rudolf Viehe, Prag.

Ein in allen Arbeiten bewandter Korbmachergehilfe, am liebsten verheiratet, erhält dauernde Arbeit. Lohn bis 24 M. höchstens.

M. Cohen, Enden, Ostfriesland.

Tüchtiger Korbmachergehilfe, der im Frühjahr gut erfahren ist, nebenbei auch Weben und Einleben kann, gegen guten Lohn und dauernde Stellung per sofort gesucht.

Kirschblütenfabrik.

Ferd. Volksaus, W. Gladbach.

Bürstenmachergehilfe

Tüchtiger, solider, verheirateter Arbeiter, welcher in allen vor kommenden Arbeiten, auch auf Bohren vertraut ist, zum Februar für dauernde Stellung gesucht.

Bernard Scheffer, Vielefeld.

Tüchtiger Korbmacher, der schon in Korbstoffsatz mit Erfolg gearbeitet hat, per 1. Januar gesucht. Verheirateter bevorzugt.

Lommers & Weine, Korbstoffsatz.

Warel, Oldenburg.

3. Pantinenmacher, Nagler, sofort für dauernde Arbeit gesucht. Auch Verheiratete.

Hetur, Ahrend, Brome, Hannover.

Tischlerei-Werkst.

Sehr günstig, auf dem Lande in Sachs-Mittg. für 3 Bänke Arbeit. Gut reitendes Möbelmagazin, Stadtkonkurrenz ausgeschlossen. Preis mit Grundstück 6000 M. Näheres unter J. M. 236 durch die Exped. dieser Zeitung.

Hohler Verdienst.

In allen Plänen werden rodegewandt-tüchtige Tischler zum Vertrieb eines patentierten und begehrten Werkzeuges gesucht. Offerten sub S. M. 235 a. d. Exp. d. M.

Hobelbank - Fabrik

Gebr. Haase, G. m. b. H., Clegnitz

Schlachthofstraße 8/12.

offerten p. Klasse ob. Nachnahme, beste starke Hobelbänke

Mar. 180 180 200 200 200 lang

Stahlspindeln 6 M. mehr.

Drehbänke, Furnierböcke, Zwingen, Knechte, Spannschrauben, Gehrungsplatzen billig.

Katalog gratis.

Soeben neu erschienen:

Der Vertrauensmann

Die Tätigkeit der Werkstattvertragsmänner im Deutschen Holzarbeiterverband

Eine Abteilung herausgegeben vom Vorstandsvorstand. Preis pro Exemplar 80 Pf. für Verbandsmitglieder 15 Pf.

Protokoll des Jüngsten Internationalen Holzarbeiterkongresses

am 5. u. 6. September 1910 zu Kopenhagen

Ausgabe in deutscher Sprache. Preis pro Exemplar 50 Pf. Für Verbandsmitglieder 20 Pf.

Wir empfehlen ferner nachstehende Werke in neuer Auflage zur Nachahnung:

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von Karl Legien. Zweite umgearbeitete Auflage.

Preis 25 Pf.

Das Beize und Färben des Holzes. Ein Hand- und Bildbuch zum heutigen Gewerbe für Tischler. Dresden ic. von Wilh. Simmermann. 6. Auflage. Broich. M. 4,-, mit Posto M. 4,20.

Moderne Farben auf Holz. Eine Musterfalte mit 160 farbenden Belebungen. Supplement zu vorstehendem Werk. Von Wilh. Simmermann. M. 6,-, mit Posto M. 6,20.

Jahrbuch 1909 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Preis 2 M. gebunden 250 M.

Protokoll des Verbandstags in München.

Preis 60 Pf. gebunden 90 Pf.

Für Verbandsmitglieder beträgt der Bezugs-

preis für ein Jahrbuch 75 Pf. geb. 1,20 M.

für ein Protokoll 20 Pf. geb. 60 Pf.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Laubsägerei

Kerbchnizerei :: Holzbrandmalerei

liest ein Bildhauer sum. Verleger. Vorlagen.

Herr J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.

Inhalt: Katalog gratis u. franko.

Laubsägholz pr. Quadratmeter.

1 Mark au.

Fachblatt für Holzarbeiter

Vom

Fachblatt für Holzarbeiter

legt nunmehr der Jahrgang 1910 ab. 175-250 mm doppelt groß und sehr kräftig.

Fuchsschwanz, zweischnellig

2. M. 2. M. geteilt 25 cm lang & 250 mm.

Patent-Reform-Schweißäge

mit Fixierung ohne Stegveränderung ganz leicht.

Wie jetzt unverzichtbar, auch abgeschrägte Schweißäge.

Spezial-Gehärtet für Tischlerwerkzeug - Neuheiten.

Neuheiten!**Reform-Abziehsteine**

Tolle Garantie für jedes Ende.

175-250 mm doppelt groß und sehr kräftig.

Laubsägerei, zweischnellig

2. M. 2. M. geteilt 25 cm lang & 250 mm.

Patent-Reform-Schweißäge

mit Fixierung ohne Stegveränderung ganz leicht.

Wie jetzt unverzichtbar, auch abgeschrägte Schweißäge.

Spezial-Gehärtet für Tischlerwerkzeug - Neuheiten.

Spezial-Gehärtet für Tischlerwerkzeug - Neuheiten.

Otto Bergmann, Berlin 50, 33, Oppenheimerstr. 81.

Alles zur**Laubsägerei**

Kerbchnizerei und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst:

J. L. Hartung Mardon (1)

Katalog gratis u. franko!

Laubsägholz 1 M. 0,20 Pf.

Quittungs-Marken und Rantschuk - Stempel

Liefert seit 30 Jahren

Jean Holze & Co.

Hamburg, Rosenblüherhof 20.

Tischler-Schule Blankenburg

1 bis 12 monatliche Durc... unter meiner Leitung sind bisher über 2000 Tischler im Alter v. 17-40 Jahren ausgebildet.

Programm frei.

Director Heineburg.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Stdt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner. Große Hörs- und Zeichen-Säle. u. Werkstätten.

" Programme frei. "

DIREKTOR BRECHT.**Stüddeutsche Schreiner-Fachschule**

Nürnberg • Erstklassige Lehranstalt

Kirchenweg 14 • Dr. Carl Malbaum.

B. Kolscher's

Fachschule Detmold

für Tischler u. für gewerbL. Zeichnen

Exterstrasse, Ecke Grabenstrasse.

In 3 Monaten: Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhal